



# Investmentfonds-Bericht

Januar 2013



**SCHMITZ & CIE.**  
Individuelle Fondsberatung

**Schmitz & Cie. GmbH**  
**Individuelle Fondsberatung**

Am Sommerfeld 22  
D-81375 München

Telefon: +49 (0)89 17 92 40 20

Telefax: +49 (0)89 17 92 40 24

[info@schmitzundcie.de](mailto:info@schmitzundcie.de)

[www.schmitzundcie.de](http://www.schmitzundcie.de)



**SCHMITZ & PARTNER AG**  
Privates Depotmanagement

**SCHMITZ & PARTNER AG**  
**Privates Depotmanagement**

Via Albaredo 53  
CH-6645 Brione s. Minusio

Telefon: +41 (0)91 7 44 66 65

Telefax: +41 (0)91 7 43 44 00

[info@schmitzundpartner.ch](mailto:info@schmitzundpartner.ch)

[www.schmitzundpartner.ch](http://www.schmitzundpartner.ch)

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>1. Rückblick auf ein erfreuliches Börsenjahr 2012</b>	<b>2</b>
1.1 Aktienmärkte	2
1.2 Rentenmärkte	3
1.3 Devisenmärkte	4
<b>2. Rückblick auf die Wertentwicklung einzelner Investmentfonds</b>	<b>7</b>
<b>3. Rückblick auf die beiden Schmitz &amp; Partner Fonds</b>	<b>11</b>
3.1 Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds	11
3.2 Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds	12
3.3 Vorteile der Schmitz & Partner Fonds	13
<b>4. Aktuelle Stichworte</b>	<b>14</b>
4.1 Euro	14
4.2 Gold	21
4.3 Schleichende Enteignung durch negative Realzinsen	26
4.4 Enteignung durch einmalige Vermögensabgaben	29
<b>5. Unsere Empfehlungen für ein erfolgreiches Investmentjahr</b>	<b>32</b>
<b>6. Versuch eines Ausblicks auf das Jahr 2013</b>	<b>36</b>
<b>7. Auswahl von Presseartikeln</b>	<b>41</b>

## 1. Rückblick auf ein erfolgreiches Börsenjahr 2012

Wir schauen auf ein mehrheitlich erfreuliches, in der Wertentwicklung einzelner internationaler Börsen aber auch sehr unterschiedliches Börsenjahr zurück.

### 1.1 Aktienmärkte

Für die **internationalen Aktienmärkte** gibt es einen erfreulichen **Rückblick auf das Jahr 2012**. Nach einem flotten Jahresstart kletterten die wichtigsten Indizes bis März auf ein Zwischenhoch. Im zweiten Quartal aber verschärfte sich die europäische Staatsschuldenkrise nochmals und die Aktienkurse fielen wieder auf ihr Jahresanfangsniveau zurück. Erst die Ankündigung vom Präsidenten Mario Draghi, die Europäische Zentralbank werde alles Erforderliche tun (auch weitere Staatsanleihekäufe), um den Euro zu erhalten, sorgte dann für eine abermalige Wende mit deutlich steigenden Kursen an den Aktienbörsen und einem weltweiten durchschnittlichen Plus von zehn Prozent (gemessen am MSCI-Welt-Aktienindex<sup>1</sup> in Euro):



Quelle: vwd portfolio manager 4.31.4

Die einzelnen **europäischen Aktienbörsen** stiegen im letzten Jahr unterschiedlich stark. Den deutlichsten Sprung nach oben machte der deutsche Aktienmarkt (DAX) mit einem Plus von 29 Prozent. An den anderen Börsen stiegen beispielsweise die Aktienkurse in Frankreich (CAC 40) und in der Schweiz (SMI) um 15 Prozent, in den Niederlanden (AEX) um zehn Prozent, in Italien (MIB) um acht Prozent, und in Großbritannien um sechs Prozent. Es gab aber auch Aktienmärkte, die das Jahr 2012 mit Verlust abge-

<sup>1</sup> MSCI ist die Abkürzung für *Morgan Stanley Capital International*. Der vom US-Investmenthaus Morgan Stanley entwickelte Welt-Aktienindex misst die nach der Marktkapitalisierung gewichtete globale Entwicklung der Aktienmärkte.



geschlossen haben, so zum Beispiel Spanien (IBEX 35) mit einem Minus von fünf Prozent – von Sorgenkindern wie dem gebeutelten Zypern (CSE) mit mehr als einer Kurshalbierung ganz zu schweigen. Europaweit stiegen die Aktienkurse im Durchschnitt (Euro Stoxx 50) um 14 Prozent.

In **Übersee** stiegen die Aktienkurse ebenfalls auf breiter Front. In den USA (S & P 500) kletterte der Index um 13 Prozent, in Japan (Nikkei 225) und in Hongkong (Hang-Seng) um 23 Prozent. Insgesamt betrachtet kletterten die Aktienkurse weltweit (gemessen am MSCI-Welt-Aktienindex in Euro) im Schnitt um zehn Prozent, in den Schwellenländern (MSCI-Emerging Markets in Euro) sogar um 13 Prozent.

## 1.2 Rentenmärkte

An den wichtigsten internationalen **Rentenmärkten** gaben im abgelaufenen Jahr entgegen der Vorhersagen der meisten Analysten die Zinsen nochmals nach. So fiel beispielsweise die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihen in *Deutschland* auf 1,8 Prozent. In der *Schweiz* reduzierte sich die Rendite der zehnjährigen Eidgenossen auf nur noch 0,5 Prozent. Ein ähnliches Bild ergab sich am Rentenmarkt in den *USA*: Die Rendite der zehnjährigen Staatsanleihen sank auf 1,7 Prozent.

Somit sind die Sparer in den meisten Ländern bereit, einen sicheren Realverlust ihrer investierten Gelder hinzunehmen, denn bei dem niedrigen Nominalzins, reduziert um die Inflationsrate (von eventuellen Steuern auf die erhaltenen Minizinsen ganz zu schweigen), erhält der Anleger **negative reale Renditen!**

Und auch bei der Betrachtung der nominalen Renditen kann man nur noch den Kopf schütteln: Gleich am ersten Handelstag des Jahres 2013 stockte die Bundesrepublik Deutschland eine fünfjährige Anleihe mit einem Volumen von fünf Milliarden Euro und einem Nominalzins von 0,00 Prozent (!) auf. Nur durch den mit 99,983 Prozent knapp unter 100 Prozent liegenden Durchschnittskurs der aktuellen Aufstockung ergibt sich eine marginal positive Rendite von 0,01 Prozent.<sup>2</sup> Eine Steigerung gelang nur wenige Tage später. Hier schaffte es der Bund, sich zu verschulden und dabei sogar noch Geld zu verdienen: Die Bundesrepublik Deutschland verkaufte für 3,5 Milliarden Euro sechs Monate laufende Schatzanweisungen mit einem Kupon von 0 Prozent zu einer Durchschnittsrendite von minus 0,0091 Prozent!<sup>3</sup>

Wer der Bundesrepublik Geld leiht, muss also mit spürbaren Kaufkraftverlusten rechnen. „Dies ist eigentlich eine Umverteilung von den Anlegern zum Staat, oder anders ausgedrückt: **eine zusätzliche Steuer auf Ersparnisse.**“<sup>4</sup> In Kapitel 5 (Unsere Empfehlungen für ein erfolgreiches Investmentjahr) gehen wir auf diesen Irrsinn noch näher ein und zeigen Ihnen lohnenswerte Alternativen zu dieser sicheren Enteignung auf.

<sup>2</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 3. Januar 2013, Seite 17.

<sup>3</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 8. Januar 2013, Seite 17.

<sup>4</sup> *Michael Grandt: Der Euro-Crash kommt – Wie Sie als Anleger sicher durch die Krise kommen*, Kopp Verlag, Rottenburg 2012, Seite 157. Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.*

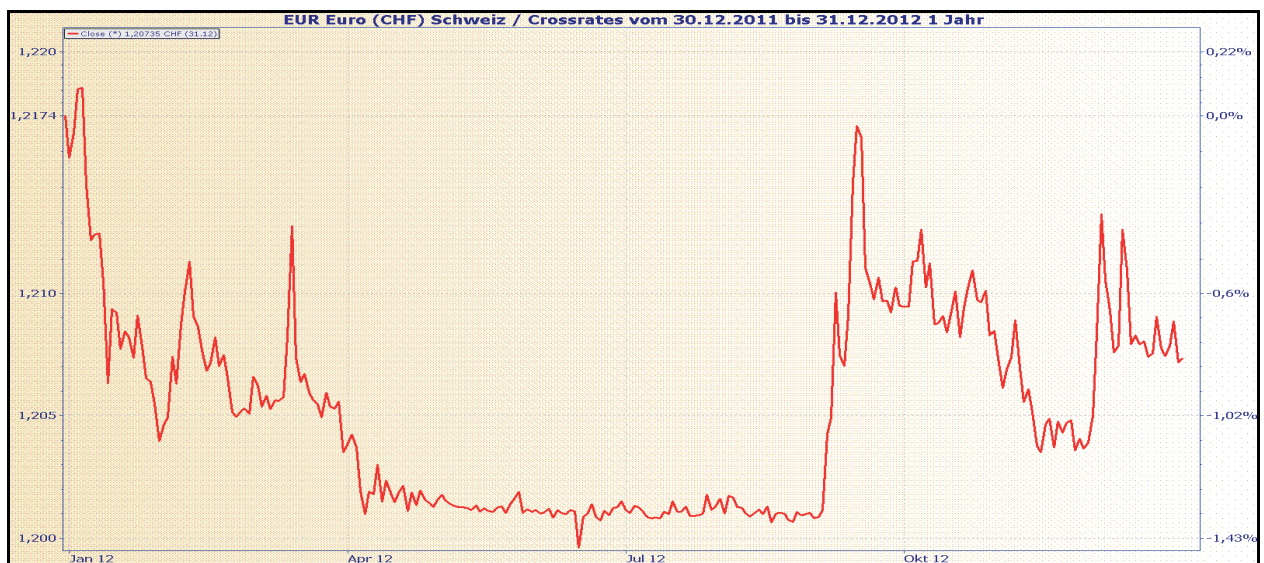




### 1.3 Devisenmärkte

An den internationalen **Devisenmärkten** waren im vergangenen Jahr nur wenig bemerkenswerte Bewegungen zu verzeichnen. So verlor beispielsweise der **US-Dollar** lediglich zwei Prozent im Vergleich zum Euro.

Minimale Veränderungen gab es auch beim Wechselkurs des **Schweizer Franken** gegenüber dem Euro. Der Kurs bewegte sich in einer sehr engen Spannbreite zwischen 1,20 und 1,22 Franken pro Euro:



Quelle: vwd portfolio manager 4.31.4

Die von der Schweizer Nationalbank seit dem 6. September 2011 aufgebaute Verteidigungsmauer gegen einen zu schwachen Euro (bzw. einen zu starken Schweizer Franken) von 1,20 Franken für einen Euro hat also bis jetzt noch gehalten. Um diesen politisch gewollten Mindestkurs des Euro gegen die Kräfte des freien Marktes verteidigen zu können und um die Gemeinschaftswährung nicht noch mehr unter Kursdruck geraten zu lassen, hat die Schweizer Nationalbank im Jahr 2012 ihren Devisenbestand durch ständige Aufkäufe von Euro am Devisenmarkt um 167 Milliarden auf 425 Milliarden Franken aufstocken müssen.<sup>5</sup>

**Wir von *Schmitz & Cie.* sind gespannt, wie lange die Verteidigungslinie von 1,20 Franken pro Euro von der Schweizer Nationalbank noch gehalten werden kann.** Solange an der Nachrichtenfront keine neuen akuten Unruheherde ausbrechen (Griechenlandpleite, Gefährdung der Zahlungsfähigkeit von Spanien, Portugal oder Italien) und zumindest vorübergehend Ruhe herrscht, wird dieses Unterfangen gelingen, vielleicht sogar mit einer Entspannung Richtung 1,25 Franken pro Euro. Die Nagelprobe steht dann bei einer zwangsläufig kommenden Verschlechterung der Nachrichtenlage vom desolaten Verschuldungsstand der sogenannten Olivenländer aus.

<sup>5</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14. Dezember 2012, Seite 23. Die Zahlenangaben beziehen sich auf den Devisenbestand per Ende November 2012.



Denn je mehr Euro von der Nationalbank in der Schweiz aufgekauft werden müssen, desto brisanter wird die Situation. Und so ist es aus unserer Sicht auch nicht verwunderlich, dass von Seiten der Schweizer Nationalbank bereits von „Massnahmen zur Einschränkung oder Unterbindung von Kapitalflüssen“ oder noch deutlicher formuliert von „**Kapitalverkehrskontrollen**“<sup>6</sup> gesprochen wird, für den Fall, dass der Mindestkurs von 1,20 Franken unter dem Druck der Realitäten aufgegeben werden muss.<sup>7</sup> Der Präsident der Schweizer Nationalbank *Thomas Jordan* bemerkt in diesem Zusammenhang: „Wir müssen auch für den Fall der Fälle vorbereitet sein, dass die Währungsunion zusammenbricht, obwohl ich nicht damit rechne.“<sup>8</sup>

Argumentative Unterstützung erhält die Nationalbank in der Schweiz neuerdings auch vom *Internationalen Währungsfonds* (IWF). Anfang Dezember hat der IWF eine „Bedienungsanleitung für Kapitalverkehrskontrollen“ veröffentlicht.<sup>9</sup> Viel Gewicht legt der IWF dabei auf die vermeintlichen Risiken des freien Kapitalverkehrs. So könnten beispielsweise Kapitalab- bzw. Kapitalzuflüsse die Konjunkturschwankungen verstärken. Gemeint ist damit, dass ein plötzlicher Abfluss von Kapital den Finanzsektor eines Landes in Bedrängnis bringt oder – wie im Falle der Schweiz – ein rascher Zustrom den Wert der Währung derart erhöht, dass der Export darunter spürbar leidet. Dass sich neuerdings die Mehrheit der Vertreter des Internationalen Währungsfonds (die 188 Länder repräsentieren) für die euphemistisch genannten „Maßnahmen zur Steuerung der Kapitalflüsse“ einsetzt, ist eine beunruhigende Perspektive.<sup>10</sup>

In Gesprächen mit unseren Kunden stellen wir immer wieder fest, wie überrascht und erschrocken viele Anleger reagieren, wenn wir von *Schmitz & Cie.* die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen auf absehbare Zeit für möglich halten. „Sind Kapitalverkehrskontrollen denn überhaupt erlaubt?“ ist in diesem Zusammenhang eine häufig gestellte Frage. Grundsätzlich sind Kapitalverkehrskontrollen nach Artikel 63 des Gesetzes zum Gemeinsamen Binnenmarkt zwar verboten, aber nach Artikel 66 kann „bei ernststen Schwierigkeiten in der Wirtschafts- und Geldpolitik“ eine Ausnahme gemacht werden. Und so steigt aus unserer Sicht die Eintrittswahrscheinlichkeit zum einen für eine Kontrolle der Kapitalströme für wirtschaftlich schwache Länder wie zum Beispiel Griechenland, die einen Abfluss von Geldern verhindern wollen, zum anderen aber auch für starke Länder wie die Schweiz, die sich vor dem Zustrom immer größerer Geldbeträge schützen wollen.

---

<sup>6</sup> Beide Zitate stammen aus der *Finanz und Wirtschaft* vom 30. Mai 2012, Seite 21.

<sup>7</sup> In der Vergangenheit war dies in ähnlichen Situationen häufig genug der Fall, wie *Ernst Baltensperger* in seinem Buch „Der Schweizer Franken – Eine Erfolgsgeschichte. Die Währung der Schweiz im 19. und 20. Jahrhundert“, Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich 2012, ausführlich darstellt. Zur Entscheidung der Einstellung der groß angelegte Käufe am Devisenmarkt 1973 beispielsweise schreibt Baltensperger: „Sie wurde von den Beteiligten mit grossen Bedenken und eher aus der Einsicht in die Unausweichlichkeit eines solchen Schrittes als aus freien Stücken getroffen.“ (Seite 215) Genau dies kann sich in naher Zukunft wiederholen.

<sup>8</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30. Mai 2012, Seite 15. In dem Artikel von *Jürgen Dunsch* „Die Schweizer haben genug vom Euro“ berichtet der Autor, wie die Schweiz unter dem Eindruck der Euro-Turbulenzen an einem Notfallplan für Kapitalverkehrskontrollen arbeitet und wie gleichzeitig mit starker Rhetorik der Mindestkurs des Franken zum Euro gehalten werden soll.

<sup>9</sup> Vgl. im Folgenden dazu *Neue Zürcher Zeitung* vom 4. Dezember 2012, Seite 27.

<sup>10</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 4. Dezember 2012, Seite 24.



Auf Sicht von einigen Jahren kann es sogar in Deutschland Kapitalverkehrskontrollen geben, denn um die immer stärker steigende Staatsverschuldung zu reduzieren, könnte auch eine deutsche Regierung gezwungen sein, Sparer und Anleger (teilweise) zu enteignen.<sup>11</sup> „Damit Sparer, die man so melken will, nicht flüchten, könnten die Daumenschrauben angezogen werden, etwa in Form von Kapitalverkehrskontrollen, Strafsteuern oder dem Verbot des Besitzes von alternativen Anlagen, etwa von Gold.“<sup>12</sup> Diese Gefahren sollte jeder Sparer in seine Anlageüberlegungen mit einbeziehen, auch wenn er es aus heutiger Sicht für unwahrscheinlich oder gar unmöglich hält! Wir zitieren in diesem Zusammenhang die amerikanische Schriftstellerin und Philosophin *Ayn Rand* (1905 - 1982): **„Man kann die Realität ignorieren, aber man kann nicht die Konsequenzen der ignorierten Realität ignorieren.“**

Eine Vorstufe von möglichen Kapitalverkehrskontrollen zur Abwehr der zu starken Zuflüsse aus dem Euro in den Schweizer Franken ist seit Dezember 2012 zu beobachten: die Einführung von **Negativzinsen** für den Schweizer Franken! Die beiden Großbanken *Credit Suisse* und *UBS* erheben „Gebühren“ auf Franken-Anlagen von institutionellen Anlegern in der Schweiz. Das bedeutet, dass die Investoren Geld mitbringen müssen, um weiterhin in liquiden Anlagen im Schweizer Franken sein zu dürfen. Der Direktionspräsident der Schweizer Nationalbank *Thomas Jordan* hielt sich auf die Nachfrage bedeckt, inwieweit die Notenbank die Privatbanken zu diesem Schritt ermuntert habe. Gleichwohl ließ er deutliche Sympathie für die Maßnahme der Negativzinsen erkennen.<sup>13</sup>

Die Anziehungskraft des Schweizer Franken kann damit jedoch nicht dauerhaft beeinträchtigt werden. Ganz im Gegenteil: Statt auf Konten **wird der Schweizer Franken neuerdings verstärkt in Form von Bargeld gehortet**. Der Banknotenumlauf ist im Vergleich zu anderen Währungen überproportional gestiegen. Insbesondere die Tausendernoten (rund 800 Euro) als größte Einheit weisen Zuwachsraten von knapp 20 Prozent im Jahresvergleich aus. „Es kann davon ausgegangen werden, dass ein bedeutender Teil des Frankennotenumlaufs zu Wertaufbewahrungszwecken gehalten wird.“<sup>14</sup>

Für vorausschauende Anleger steht daher längst fest: **Mittel- und langfristig wird der Schweizer Franken die Kaufkraft deutlich besser erhalten können als die von politischen Durchhalteparolen geschwächte europäische Einheitswäh-**

---

<sup>11</sup> Im Zusammenhang mit dem Stichwort „Finanzielle Unterdrückung“ kann eine schleichende Enteignung der Anleger in Sparguthaben und Staatsanleihen schon jetzt beobachtet werden. Durch direkte und indirekte Markt eingriffe von Regierungen und „unabhängigen“ Notenbanken auf den Geld- und Kapitalmärkten werden zum einen die Zinssätze unter die Inflationsrate manipuliert und zum anderen wird noch zusätzlich ein höheres Inflationsniveau angestrebt. Das sorgt für negative Realzinsen und führt zu der gewünschten realen (nicht jedoch nominalen) Entwertung der Staatsschulden, aber auch zu einer Vernichtung von realer Kaufkraft beim Sparer.

<sup>12</sup> *WirtschaftsWoche* vom 4. Juni 2012, Seite 137. In dem Artikel „Finanzielle Repression – Vermögen verloren“ wird dargestellt, dass der Staatsschuldenabbau in der Phase von 1940 bis 1979 durch finanzielle Unterdrückung hervorragend funktioniert hat: „Nahezu überall in der freien Welt haben Anleger mit Anleihen und Geldmarktpapieren real Vermögen verloren und so zum Schuldenabbau beigetragen.“ In der Untersuchung der Renditen von Anleihen, Geldmarktpapieren und Aktien nach Abzug der Inflation in fünf Ländern über vier verschiedene Zeitspannen im 20. Jahrhundert wird deutlich, dass nur die Aktienanlage den realen Vermögensverlust vermeiden und die Kaufkraft erhalten konnte!

<sup>13</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14. Dezember 2012, Seite 23.

<sup>14</sup> *Caesar Lack*, Autor einer UBS-Studie, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 27. November 2012, Seite 19.





**rung.** Vorsichtige und auf Vermögenserhalt bedachte Investoren aus dem Euroraum haben insbesondere die nächste Bundestagswahl im Herbst 2013 im Hinterkopf - dazu mehr im weiteren Verlauf dieses Investmentfonds-Berichtes - und kalkulieren eventuelle drastische und sicherlich wieder „alternativlose“ Maßnahmen aus dem „Giftschrank“ der (un)verantwortlichen Politiker im Anschluss an diese Wahl ein. Gewinnversprechende Gegenmaßnahmen sind auf jeden Fall eine (weitere) Reduzierung des Euroanteils im Vermögen des einzelnen Sparers zugunsten des Schweizer Franken – so wie dies der Investmentfonds *Schmitz & Partner Global Defensiv* seit einigen Jahren sehr erfolgreich praktiziert.

Solange der Euroanteil an Ihrem gesamten Vermögen (und hierzu zählen nicht nur Ihr Wertpapierdepot sondern auch Ihre Immobilien, Ihre Kapitallebensversicherungen, Ihre Rentenansprüche usw.) mehr als 50 Prozent ausmacht, besteht Handlungsbedarf für Sie. Sprechen Sie uns an, solange die Flucht aus dem Euro in den Franken noch möglich ist! Wir von *Schmitz & Cie.* und von *Schmitz & Partner* helfen Ihnen mit unserer langjährigen Börsenerfahrung und unserer besonderen Schweizexpertise gerne weiter.

## 2. Rückblick auf die Wertentwicklung einzelner Investmentfonds

In der folgenden Übersicht haben wir für Sie von den wichtigsten Investmentfonds, die in den Wertpapierdepots der von der *Schmitz & Cie. GmbH* beratenden Kunden als Basisinvestments oder als lohnenswerte Beimischung enthalten sind, die Rendite und die Schwankungsrisiken (Volatilität) aufgeführt. Dabei gilt: je kleiner die Risikozahl, desto besser für den Anleger. Beachten Sie bitte **die sehr niedrigen Schwankungsrisiken der beiden *Schmitz & Partner Fonds*** sowohl über ein Jahr und als auch über drei Jahre, die besser sind als die Risikowerte von allen anderen hier aufgeführten Aktienfonds. Wer in also in risikoarme Aktienanlagen investieren möchte, der kommt an den beiden *Schmitz & Partner Fonds* nicht vorbei!

Zusätzlich zeigt die Aufstellung auch die zehn Fonds, die per Ende 2012 in dem Investmentfonds *Schmitz & Partner Global Offensiv* neben den Einzelaktien enthalten sind, sowie die acht Fonds, die - ebenfalls neben verschiedenen Einzeltiteln - Bestandteil des *Schmitz & Partner Global Defensiv* sind. Die Performance- und Risikozahlen sind dem Analysesystem *vwd portfolio manager 4.31.4* entnommen.

	<b>1 Jahr</b>	<b>3 Jahre</b>	<b>5 Jahre</b>
<i>Internationale Aktienmärkte:</i>	<b>Rendite / Risiko</b>	<b>Rendite / Risiko</b>	<b>Rendite</b>
Carmignac Investissement *	6,8 / 9,9 %	12,2 / 13,1 %	12,8 %
Fidelity European Growth Fund	15,8 / 14,1 %	14,5 / 19,2 %	-21,5 %
FRANKFURT-TRUST High Dividend *	9,2 / 8,8 %	9,4 / 15,1 %	-29,7 %
Franklin Mutual European Fund *	14,6 / 13,6 %	20,0 / 16,5 %	-9,0 %



	<b>1 Jahr</b>	<b>3 Jahre</b>	<b>5 Jahre</b>
Lingohr-Systematic-LBB-Invest	14,9 / 12,8 %	21,2 / 15,6 %	-7,3 %
M & G Global Basics *	2,2 / 13,2 %	22,3 / 16,9 %	0,2 %
<b>Schmitz &amp; Partner Global Defensiv</b>	<b>4,7 / 5,2 %</b>	<b>15,3 / 6,4 %<sup>15</sup></b>	<b>19,8 %<sup>16</sup></b>
<b>Schmitz &amp; Partner Global Offensiv</b>	<b>12,1 / 6,7 %</b>	<b>9,3 / 7,3 %</b>	<b>-10,3 %</b>
StarCap Priamos	9,0 / 13,1 %	3,2 / 14,4 %	-36,2 %
Templeton Growth (Euro) Fund *	14,8 / 12,0 %	27,5 / 15,5 %	-3,4 %

<i>Schwellenländer:</i>	<b>Rendite / Risiko</b>	<b>Rendite / Risiko</b>	<b>Rendite</b>
Aberdeen Global-Asian Smaller *	33,3 / 8,6 %	66,9 / 11,9 %	78,1 %
Global Advantage Emerging Markets *	10,4 / 13,2 %	9,1 / 17,6 %	-18,6 %
Lingohr-Asien-Systematic-LBB-Invest *	10,9 / 12,0 %	46,6 / 15,6 %	19,1 %
Templeton Asian Growth Fund *	12,4 / 13,9 %	39,3 / 18,3 %	16,1 %
Templeton Emerging Markets Fund	11,3 / 13,2 %	10,5 / 18,9 %	-7,2 %
Templeton Frontier Markets Fund *	20,3 / 8,5 %	21,3 / 11,3 %	-

<i>Internationale Bondmärkte:</i>	<b>Rendite / Risiko</b>	<b>Rendite / Risiko</b>	<b>Rendite</b>
FRANKFURT-TRUST EuroCorp. Bond **	13,5 / 3,7 %	20,7 / 4,3 %	10,3 %
iShares Corporate Bond **	10,7 / 2,7 %	19,1 / 3,3 %	12,5 %
Julius Bär Euro Corporate Bond **	12,4 / 2,0 %	25,5 / 2,8 %	42,7 %
StarCapital Bondvalue **	12,2 / 4,5 %	24,2 / 6,2 %	15,4 %
Templeton Global Bond (Euro) Fund **	9,4 / 1,6 %	19,8 / 1,8 %	34,3 %
Templeton Global Total Return **	17,1 / 7,0 %	47,6 / 9,5 %	97,0 %

<sup>15</sup> Die sehr günstigen Risikozahlen im Jahresdurchschnitt für den *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds in den Jahren zuvor betragen 4,6 Prozent (2010), 1,5 Prozent (2009) und 0,4 Prozent (2008)!

<sup>16</sup> Vier Monate vor seinem fünfjährigen Bestehen am 7. Mai 2013 beträgt die gesamte Wertsteigerung des *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds seit Auflage knapp 20 Prozent.



	<b>1 Jahr</b>	<b>3 Jahre</b>	<b>5 Jahre</b>
<i>Sonstige Fonds:</i>	<b>Rendite / Risiko</b>	<b>Rendite / Risiko</b>	<b>Rendite</b>
Zürcher Kantonalbank Gold ETF **	2,3 / 13,5 %	32,0 / 17,0 %	56,7 %
Zürcher Kantonalbank Silber ETF **	3,0 / 25,2 %	53,5 / 33,1 %	59,3 %

Die mit Sternchen (\*) versehenen Investmentfonds befinden sich per 31. Dezember 2012 in dem Fonds *Schmitz & Partner Global Offensiv*, die mit (\*\*) gekennzeichneten Fonds sind zum Jahresende 2012 im Portfolio des *Schmitz & Partner Global Defensiv*.

Einer unserer häufigsten Empfehlungen für Basisinvestments im Aktienbereich war und ist immer noch der **Templeton Growth Fund**, zunächst in Form des seit 1954 bestehenden US-Originals, später dann in Form der steuergünstigeren Luxemburger Version, dem *Templeton Growth (Euro) Fund*. Dieser Fonds eignet sich nach wie vor für Anleger, die mit einem breit gestreuten und weltweit investierenden Fonds an einer langfristig überdurchschnittlichen Wertentwicklung an den internationalen Aktienmärkten teilhaben und dabei durch den werthaltigen Ansatz (Value) unterdurchschnittliche Risiken eingehen möchten.

Mit einer Investition in den *Templeton Growth Fund* beteiligen Sie sich als Anleger an aktuell 107 Unternehmen, die auf der ganzen Welt verteilt sind. Diese Firmen erzielten in den letzten zwölf Monaten einen Umsatz von rund 7.000 Milliarden US-Dollar und beschäftigten fast zwölf Millionen Menschen auf dem ganzen Erdball. Der Umsatz entspricht knapp zehn Prozent des weltweiten Bruttosozialproduktes des Jahres 2011. Wenn Sie das mit der Wirtschaftsleistung von einzelnen Staaten vergleichen, dann wäre der *Templeton Growth Fund* nach den USA und China die drittgrößte Volkswirtschaft der Erde!<sup>17</sup>

Dennoch sind nicht nur unsere Kunden, sondern auch wir von der *Schmitz & Cie. GmbH* von der Wertentwicklung des *Templeton Growth Fund* in den letzten Jahren enttäuscht. Allerdings zeigen die **Erfahrungen der Vergangenheit, dass sich der Templeton Growth Fund gerade nach extremen Bärenmärkten überdurchschnittlich gut entwickelt hat!** Immer haben sich aus diesen Krisen **Chancen durch antizyklisches Investieren ergeben.** Der *Templeton Growth Fund, Inc.* hat in den vergangenen 20 Jahren nach Verlustphasen von über 20 Prozent immer überdurchschnittliche Erholungsphasen mit teilweise von **140 Prozent Wertzuwachs** (auf Eurobasis) verzeichnet. Und auch in jüngster Vergangenheit deutet sich nicht nur in absoluten, sondern auch in relativen Zahlen (gegenüber dem Weltaktienindex, dem MSCI World) eine spürbare Verbesserung der Wertentwicklung an, wie die folgende Grafik veranschaulicht:

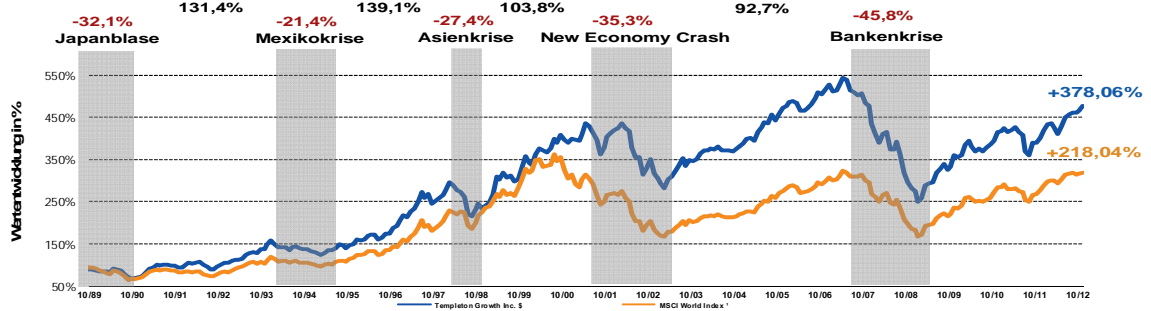
<sup>17</sup> Die Zahlenangaben entstammen einem Schreiben aus dem Hause Templeton zum 100. Geburtstag von *Sir John Templeton* vom 29. November 2012.



TEMPLETON GROWTH FUND, INC.

## Verlust- und Erholungsphasen in den letzten 23 Jahren

Templeton Growth Fund, Inc. versus MSCI World Index



Quelle: Franklin Templeton Investments. Berechnungszeitraum: 31.08.1989 bis 31.12.2012. Wertentwicklung nach BVI-Methode in EUR. Berechnungsbasis: Nettoinventarwert, ohne Emissionsgebühren oder sonstige mit dem Kauf/Verkauf verbundene Transaktionskosten bzw. Steuern, die sich bei Berücksichtigung negativ auf die Wertentwicklung auswirken würden. Ausschüttungen wieder angelegt. **Die Wertentwicklung der Vergangenheit ist weder ein verlässlicher Indikator für die aktuelle oder zukünftige Wertentwicklung noch stellt sie eine Garantie für die Zukunft dar.** Angaben zu Indizes sind lediglich zu Vergleichszwecken gemacht worden und stellen das allgemeine Umfeld der Anlage dar. Ein Index ist i.d.R. nicht aktiv gemanagt und Anleger können nicht direkt in einen Index investieren. Die Wertentwicklung des Index wird ohne Abzug von Kosten dargestellt und entspricht nicht der Wertentwicklung eines Fonds von Franklin Templeton Investments.



Diese bessere Entwicklung haben inzwischen auch verschiedene Fachpublikationen mitbekommen. So schreibt beispielsweise der *Euro fundspress*: „Norman Boersma leitet zwar erst knapp zwei Jahre die Geschicke beim insgesamt rund 14 Milliarden Euro schweren Templeton-Growth-Fonds. Aber seitdem geht es wieder bergauf.“ Und weiter: „Der Aufwärtstrend des Fonds hat sich daher in den vergangenen zwölf Monaten beschleunigt. Ein ermutigendes Zeichen.“<sup>18</sup>

Das **Erfolgsrezept von Sir John Templeton** hat sich in unveränderter Form seit über einem halben Jahrhundert erfolgreich bewährt:

TEMPLETON GROWTH (EURO) FUND

## Das Templeton Erfolgsprinzip

### Weltweit profitieren

Ein breit gestreutes Portfolio ist entscheidend für die erfolgreiche Nutzung weltweiter Investmentchancen.

### Werte suchen

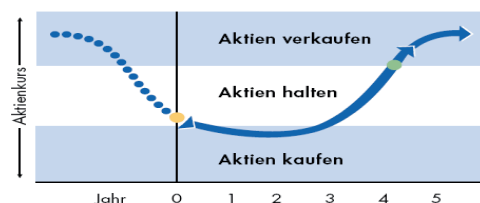
Templeton kauft, wenn noch keiner kauft und lässt so den Unternehmenswerten Zeit, um sich zu entwickeln.

### Warten können

Erst mit der Zeit entwickeln unterbewertete Aktien ihr volles Potential. Die durchschnittliche Halteperiode einer Aktie im Portfolio beträgt drei bis fünf Jahre.

### Bottom-Up-Ansatz

Das Fondsmanagement verfolgt konsequent eine Bottom-Up-Anlagestrategie.



● Aktie kommt auf Templeton Kaufliste  
● Fairer Aktienkurs erreicht



<sup>18</sup> Beide Zitate stammen aus dem *Euro fundspress* 02/2013 vom 11. Januar 2013, Seite 2.



**Substanz- und Finanzstärke werden in der vor uns liegenden Marktperiode die entscheidenden Schlüssel für Erfolg sein.** In den vergangenen Jahren hat sich die Konzentration auf Qualität am Aktienmarkt für Investoren leider nicht immer ausgezahlt. Dies dürfte sich jedoch in den nächsten Jahren wieder normalisieren. Wir von der *Schmitz & Cie. GmbH* sind der Überzeugung, dass der *Templeton Growth Fund* auf einem sehr guten Weg ist und vertrauen auf das Managementteam der Templeton Global Equity Gruppe! Einen ersten Anhaltspunkt für unseren Optimismus liefert eine aktuelle Übersicht der *WirtschaftsWoche* über die besten internationalen Aktienfonds. Hier belegt unter 41 aufgeführten volumensstarken Fonds der *Templeton Growth (Euro) Fund* **Platz 1!** Mit einer Wertentwicklung von 21,8 Prozent in den vergangenen zwölf Monaten und hat er alle anderen bedeutenden Aktienfonds hinter sich gelassen.<sup>19</sup>

### 3. Rückblick auf die beiden Schmitz & Partner Fonds

#### 3.1 Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds

Der *Schmitz & Partner Global Offensiv* ist ein gemischtes Sondervermögen, das sein Vermögen weltweit investieren kann. Anlageschwerpunkt sind Aktienfonds und Einzelaktien mit einer maximalen Investitionsquote von 100 Prozent. Dabei wird auf eine gesunde Mischung aus Zielfonds von etablierten Gesellschaften und von feinen Fondsboutiquen geachtet sowie bei den Einzelwerten auf eine breite Streuung des Risikos. Das Ziel der Anlagepolitik ist ein mittel- bis langfristig hoher, risikoadjustierter Wertzuwachs. Der Fonds wurde am 1. November 2007 aufgelegt und wird von der *SCHMITZ & PARTNER AG – Privates Depotmanagement* beraten.

Der *Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds* verbuchte im Börsenjahr 2012 einen erfreulichen Zuwachs: Bei einer Volatilität (Schwankungsrisiko) im Jahresdurchschnitt von lediglich 6,7 Prozent erzielte er eine Jahresrendite von 12,1 Prozent.

Im Laufe der letzten zwölf Monate bewegte sich die Investitionsquote des Fonds zwischen 71 und 76 Prozent. Während der in Aktienfonds investierte Teil von knapp 51 Prozent zu Jahresbeginn auf rund 46 Prozent am Ende des Jahres sank, stieg hingegen der Anteil der Einzelaktien von gut 25 Prozent auf knapp 28 Prozent an. Weiterhin hoch ist nach wie vor der direkt oder indirekt in den sogenannten Emerging Markets (Schwellenländern) investierte Teil des Fondsvermögens, der zum Jahresende rund ein Drittel des Fondsvermögens ausmachte.

Anlageschwerpunkte des Fonds waren im vergangenen Jahr nach wie vor unterbewertete Einzelaktien sowie Aktienfonds mit der Ausrichtung „Emerging Markets“ und Rohstoffe.

---

<sup>19</sup> Vgl. die Untersuchung „Wie die erfolgreichsten Portfolio-Manager abgeschnitten haben“ in der *WirtschaftsWoche* vom 26. November 2012, Seite 110.



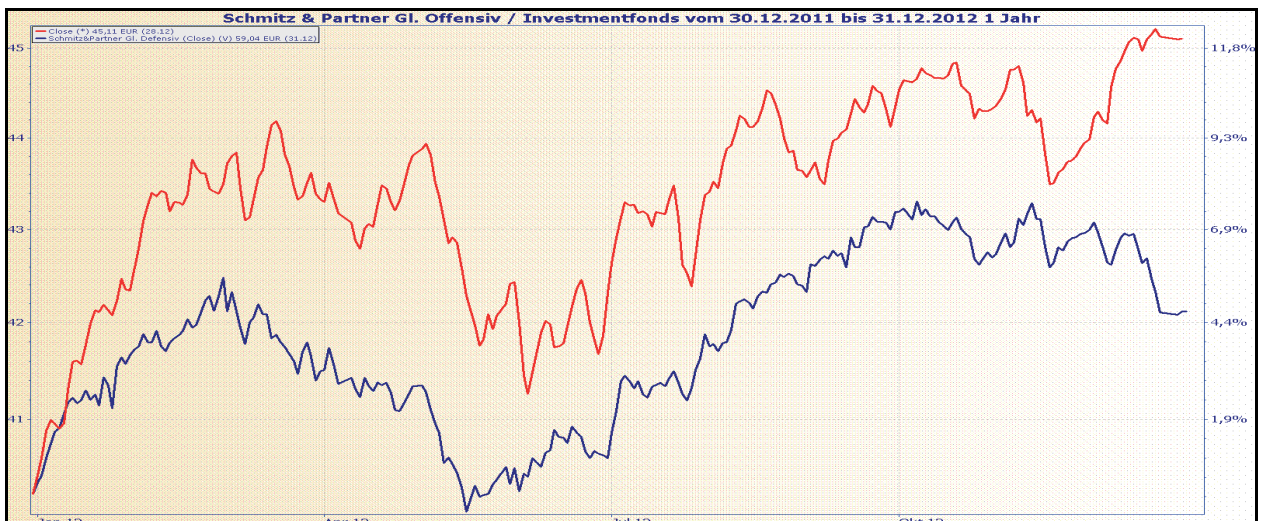
### 3.2 Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds

Der *Schmitz & Partner Global Defensiv* ist ein gemischtes Sondervermögen, das sein Vermögen weltweit investieren kann. Anlageschwerpunkte sind zum einen Aktienfonds und Einzelaktien, zum anderen Rentenfonds und einzelne verzinsliche Wertpapiere, wobei in der Regel Aktienfonds und Einzelaktien nicht mehr als 50 Prozent des Fondsvolumens ausmachen sollen. Dabei wird auf eine gesunde Mischung aus Zielfonds von etablierten Gesellschaften und von feinen Fondsboutiquen geachtet sowie bei den Einzelwerten auf eine breite Streuung des Risikos. Das Ziel der Anlagepolitik ist ein mittel- bis langfristig hoher, risikoadjustierter Wertzuwachs. Der Fonds wurde am 7. Mai 2008 aufgelegt und wird von der *SCHMITZ & PARTNER AG – Privates Depotmanagement* beraten.

Der *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds* konnte sich im Börsenjahr 2012 über einen weiteren Anstieg freuen. Mit einer Jahresrendite von 4,7 Prozent und einer Volatilität (Schwankungsrisiko) von 5,2 Prozent im Jahresdurchschnitt gehört der Fonds weiterhin zur absoluten Spitzengruppe vergleichbarer Investmentfonds!

Im Laufe der letzten zwölf Monate bewegte sich die Investitionsquote des Fonds zwischen 70 und 73 Prozent. Der Anteil der Einzelaktien liegt weiterhin bei rund 30 Prozent, einzelne festverzinsliche Wertpapiere (ausschließlich in der höchsten Bonitätsstufe AAA) machen nach wie vor acht Prozent aus. Der Euroanteil liegt wie schon Ende 2011 bei weniger als 50 Prozent. Der größere Teil des Fondsvermögens ist in den Währungen Schweizer Franken (35 Prozent), norwegische Kronen (acht Prozent), kanadische Dollar (sechs Prozent) und englische Pfund (zwei Prozent) angelegt.

Neben der Aktienquote von rund 30 Prozent waren weitere Investitionsschwerpunkte zum einen die bereits seit April 2009 im Fondsvermögen vorhandenen physischen und in der Schweiz gelagerten Gold- und Silberbestände mit 14 Prozent Anteil am Fondsvermögen und zum anderen Renten- bzw. Indexfonds (insbesondere Unternehmensanleihen) mit 20 Prozent.



Quelle: vwd portfolio manager 4.31.4



### 3.3 Vorteile der Schmitz & Partner Fonds

Die *Schmitz & Partner Fonds* sind **vermögensverwaltende Investmentfonds**, was bedeutet, dass wir uns für Sie um die sinnvolle und der jeweiligen Börsensituation angepasste Aufteilung der einzelnen Vermögensklassen kümmern. Die Zusammenstellung von Aktien, Anleihen und Liquidität geschieht also innerhalb der beiden *Schmitz & Partner Fonds* und muss nicht mehr durch den Kauf bzw. späteren Verkauf von einzelnen Aktien-, Renten- oder Geldmarktfonds auf der Kundenebene abgebildet werden. Sie als unser Kunde profitieren damit zusätzlich (nicht nur in schwierigen Börsensituationen) von der inzwischen 35jährigen aktiven Börsenerfahrung, die der verantwortliche Fondsberater *Dr. Holger Schmitz* für die beiden *Schmitz & Partner Fonds* zu Ihrem Nutzen und zu Ihrem Vorteil einbringt.

Darüber hinaus liegen die Vorteile der beiden *Schmitz & Partner Fonds* nach wie vor in der **kostengünstigen, schnellen und flexiblen Umsetzung unserer erfolgreichen Investmentideen** innerhalb der Fonds im Vergleich zu den Einzelfondsanlagen in den Depots unserer Kunden. Gerade in volatilen Zeiten, in denen sich die Märkte fast schon im Stundentakt nach oben oder nach unten bewegen, ist dies ein wichtiger Pluspunkt für Sie!

Zusätzlich bleibt auch nach dem Termin 31.12.2008 ein Teil der **Vorteile bei der Abgeltungsteuer** bestehen. Zwar ist die völlige Abgeltungsteuerfreiheit für Käufe nach dem Stichtag weggefallen – sowohl für einzelne Wertpapiere wie Aktien oder Festverzinsliche als auch für Investmentfondsanlagen. Da aber nach wie vor das sogenannte **Fondsprivileg** bestehen bleibt, werden Verkaufsgewinne auf Fondsebene nicht bei jedem einzelnen Verkauf innerhalb des Fonds, sondern erst bei einem endgültigen Verkauf der Fondsanteile beim Anleger zum Verkaufszeitpunkt versteuert. Dies bedeutet je nach Anlagedauer einen erheblichen **Steuerstundungseffekt** innerhalb der *Schmitz & Partner Fonds* gegenüber einer Anlage in Einzelfonds oder auch in einzelnen Wertpapieren!

**Durch beliebige Kombination der beiden *Schmitz & Partner Fonds* ist jede erdenkliche individuelle Risikopräferenz für Sie als Kunde umsetzbar:** Von einem sehr risikoarmen Investment (Anlage ausschließlich im *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds*) über ein etwas renditestärkeres Investment (Aufteilung des Anlagebetrages beispielsweise zu 60 Prozent in den *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds* und zu 40 Prozent in den *Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds*) bis hin zu einem chancenorientierten Investment (der zur Verfügung stehende Betrag wird ausschließlich in den *Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds* angelegt).

Ein weiterer wichtiger Vorteil: Sie legen zu Beginn Ihrer Investition nur einmal Ihre persönliche Risikofähigkeit und Ihre Risikobereitschaft fest, was dann unmittelbare Konsequenzen für Ihr Risikoprofil und damit das Mischungsverhältnis der beiden *Schmitz & Partner Fonds* in Ihrem Wertpapierdepot hat. Veränderungen an den Börsen und daraus notwendige Reaktionen durch Umschichtungen und Transaktionen nehmen wir für Sie kostengünstig auf der Fondsebene innerhalb der beiden *Schmitz & Partner Fonds* vor.

**Die Vorteile der beiden *Schmitz & Partner Fonds* für Sie auf einen Blick:**

Kriterien	Vorteile für Sie als Investor
Professionelle Vermögensverwaltung	Erfolgreiche Vermögensverwaltung innerhalb der beiden <i>Schmitz &amp; Partner Fonds</i> statt Anlage auf Kundenebene mit Einzelfonds.
Diversifizierung	Weltweite Investments in Zielfonds mit unterschiedlichen Investmentstilen und in aussichtsreiche Einzelwertpapiere.
Rendite	Nachgewiesenermaßen höhere Rendite durch aktives Fondsmanagement im Vergleich zu passiver Anlage in Indizes (ETFs).
Risiko	Sehr niedrige Schwankungsrisiken seit Auflage der beiden <i>Schmitz &amp; Partner Fonds</i> , dadurch exzellentes Rendite-Risiko-Verhältnis.
Ausgabeaufschläge u. Transaktionskosten	Keine Ausgabeaufschläge beim Kauf von Zielfonds, erheblich niedrigere Kosten beim Kauf und Verkauf von Einzelwertpapieren.
Abwicklungsaufwand	Nur einmaliger Kauf der <i>Schmitz &amp; Partner Fonds</i> im Vergleich zu häufigem An- und Verkauf einzelner Fonds bzw. Wertpapiere.
Sicherheit	Hohes Maß an Schutz und Solidität durch die Unterstellung unter das deutsche Investmentgesetz. Kein Insolvenzrisiko!
Abgeltungsteuer	Signifikante langfristige Vermögensvorteile durch Steuerstundungseffekt auf Fondsebene.
Renommierte und professionelle Partner	FRANKFURT-TRUST Investment-Gesellschaft mbH, BNY Mellon Asset Servicing (früher: BHF-BANK AG), SCHMITZ & PARTNER AG.
Internationale Anerkennung	Zahlreiche <b>Spitzenplatzierungen</b> in der Presse (häufig Platz 1) und Auszeichnungen mit <b>Top-Ratings</b> (z. B. Morningstar).

## 4. Aktuelle Stichworte

### 4.1 Euro

Im abgelaufenen Jahr 2012 haben sich die Berichte in den Medien über die zunehmenden Verschuldungsprobleme der Südländer in der Europäischen Union und damit die wachsende Gefahr für den Fortbestand des Euro gehäuft. Dabei fallen zwei Punkte besonders auf:

**Der politische Wille, den Euro um jeden Preis zu retten, ist größer als der ökonomische Sachverstand.** Dies gilt insbesondere in Deutschland, wo Bundeskanzlerin *Angela Merkel* nicht müde wird zu betonen, dass die Euro-Rettung „alternativlos“ sei. Langsam aber sicher wird jedoch deutlich, dass diese Rettung in erster Linie vom deutschen Steuerzahler finanziert werden wird und so ist es nicht verwunderlich, dass vermehrt Schlagzeilen in der deutschen Presselandschaft zu lesen sind, die diese Problematik aufgreifen. So titelt beispielsweise die *WirtschaftsWoche*: **„Das Euro-**



**Komplott – Wie Deutschland ausgenommen wird.**<sup>20</sup> In einer anderen Ausgabe schreibt die Zeitschrift in diesem Kontext von einem „Schneeballsystem“, blickt „auf die größte Umverteilungsaktion der Geschichte“ und führt aus: „Jeder in Europa aber weiß, dass ohne den deutschen Steuerzahler das Euro-Rettungsboot sofort absäuft. Klar aber ist: wie jedes Schneeballsystem wird auch dieses früher oder später zusammenbrechen.“<sup>21</sup>

Welche Dramatik sich für die deutschen Sparer dahinter verbirgt, versucht seit einiger Zeit immer wieder der Präsident des Münchner Ifo-Instituts, *Professor Hans-Werner Sinn*, deutlich zu machen. So führt er in dem lesenswerten Interview „Wir sitzen in der Falle“ mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 18. Februar 2012 unter anderem aus: „Überlebt der Euro, während Griechenland Pleite geht, gibt es Abschreibungsverluste, die wir uns im Eurosystem brüderlich teilen. Zerbricht das Eurosystem, stehen die 500 Milliarden Euro zur Gänze im Risiko. Das entspricht mehr als drei mal dem Eigenkapital der Bundesbank. Sie wäre dann auch Pleite. Hinter den Forderungen der Bundesbank gegen die EZB stecken unsere Ersparnisse. Die gibt uns keiner zurück. Und wenn die Bundesbank die Banken und Lebensversicherungen einfach nur mit neu gedrucktem Geld befriedigen möchte, was sie natürlich kann, dann gibt es **Inflation**. Die Ersparnisse kommen jedenfalls nicht wirklich zurück.“<sup>22</sup>

Er kommt zu dem Schluss: „Der Zug ist in Richtung **Transferunion** abgefahren. Die Rettungsschirme werden in Kürze verbraucht sein. ... Im Endeffekt werden dreieinhalb Billionen Staatsschulden der Südländer vergemeinschaftet sein. Deutschland wird einen erheblichen Teil seines Auslandsvermögens verlieren – entweder über **Staatskonkurse**, über **Inflation** oder, am wahrscheinlichsten, über **Steuererhöhungen** zur Finanzierung der anstehenden Transferunion.“<sup>23</sup> Das Traurige an der ganzen Sache ist: „Die europäische Politik stolpert voran, und von Gipfel zu Gipfel fällt ihr nichts Besseres ein, als die noch soliden Länder zu immer größeren Rettungsversprechen zu veranlassen.“<sup>24</sup> Und im Gegensatz zu den zu Beginn des Jahres 2013 immer häufiger zu hörenden beschwichtigenden Aussagen, dass sich die Euro- und Staatsschuldenkrise ihrem Ende nähern würde, kommt *Sinn* zu dem Ergebnis, dass: „... sich heute, gegen Ende des fünften Krisenjahres, der Eindruck verdichtet, dass die Krise durch die finanziellen Rettungsmaßnahmen nicht zu lösen ist, ja in Wahrheit nur verschleppt wird.“<sup>25</sup>

Der zweite der oben angesprochenen Punkte, der bei der aktuellen Medienberichterstattung (unangenehm) auffällt, ist die Sorglosigkeit und Gleichgültigkeit, mit der immer

<sup>20</sup> *WirtschaftsWoche* vom 6. Februar 2012, Seite 1. Auf dem Titelblatt grinsen schelmisch im Vordergrund *Mario Monti* (Regierungschef von Italien), *Lucas Papademos* (Regierungschef von Griechenland) und *Mario Draghi* (Präsident der Europäischen Zentralbank), während im Hintergrund mürrisch *Angela Merkel* zu sehen ist.

<sup>21</sup> *WirtschaftsWoche* vom 30. Januar 2012, Seite 100.

<sup>22</sup> *Hans-Werner Sinn* im Interview mit *Heike Göbel* und *Holger Steltzner* in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 18. Februar 2012, Seite 12. Hervorhebungen durch *Schmitz & Cie.*

<sup>23</sup> Siehe vorherige Fußnote.

<sup>24</sup> *Hans-Werner Sinn*: *Die Target-Falle. Gefahren für unser Geld und unsere Kinder*, 2. Auflage Oktober 2012, Carl Hanser Verlag, München 2012, Seite 12.

<sup>25</sup> *Hans-Werner Sinn*: *Die Target-Falle. Gefahren für unser Geld und unsere Kinder*, 2. Auflage Oktober 2012, Carl Hanser Verlag, München 2012, Seite 15.





höhere Rettungsmilliarden und -billionen (!) in breiten Kreisen der Bevölkerung zur Kenntnis genommen werden. „Es ist erstaunlich, dass die deutschen Steuerzahler nicht stärker aufmucken, wenn die Politik und die Notenbank vertragsbrüchig werden. Geradezu grotesk wird es, wenn wir zig Milliarden in die Schuldnerstaaten pumpen und uns dann von den Nehmerländern noch als Geizkragen beschimpfen lassen müssen.“<sup>26</sup>

Und noch deutlicher: „Der Umstand, dass Deutschland Garantien und Hilfen zur Überwindung der Schuldenkrise an Bedingungen knüpft, weckt offenbar Abhängigkeits- und Ohnmachtsgefühle, die sich unmittelbar in mehr **Abneigung gegen Deutschland und die Deutschen** umsetzen. Die indirekte Folge der gemeinsamen Währung ist insoweit nicht die beabsichtigte Stärkung des freundschaftlichen Bandes unter den Völkern Europas, sondern das genaue Gegenteil.“<sup>27</sup>

Dabei fehlt es nicht an kritischen Stimmen zu dieser Vorgehensweise der Politik. So bringt beispielsweise der zurückgetretene EZB-Chefökonom *Jürgen Stark* die aktuelle Gefahr mit den Worten auf den Punkt: **„Das Weltfinanzsystem steht heute erneut unter Drogen“**, warnt in diesem Zusammenhang vor verantwortungslosen Politikern und spricht über die begründete Angst vor Inflation.<sup>28</sup>

Das tatsächliche Ausmaß und vor allem die Folgen der **„Operation Flutwelle“**<sup>29</sup> sind den wenigsten Beobachtern bewusst. „Die Europäische Zentralbank hat sich binnen weniger Wochen vollständig aus ihrer Aufgabe verabschiedet, für einen stabilen Geldwert zu sorgen. Sie betreibt vielmehr direkte Fiskalpolitik, indem sie Hunderte von Milliarden an Euro für die klammen Staatshaushalte druckt. **Der wahre Umfang dieser Finanzierung über die Druckerpresse ist der deutschen Öffentlichkeit noch gar nicht bekannt geworden.** Die Bundesregierung beschönigt dies, um ihr Versagen nicht offenkundig werden zu lassen. Und Medien, Sozialdemokraten und Grüne haben es nicht begriffen oder schlimmer noch: verschweigen es, um nicht als Anti-Europäer gebrandmarkt zu werden.“<sup>30</sup>

Andere Quellen beschreiben diesen Zusammenhang schon als **„Kalte Enteignung“** und führen aus: „Es drängt sich der Verdacht auf, dass es den Notenbanken in Wahrheit um etwas anderes geht: Sie wollen die Zinsen unter die Inflationsrate drücken, um ihre Staaten durch negative Realzinsen zu entschulden. Auf der Strecke bleiben deren Gläubiger. Die nämlich werden kalt enteignet.“<sup>31</sup> Zu diesem Thema werden wir Sie in

<sup>26</sup> *Gottfried Heller*: Der einfache Weg zum Wohlstand – Mehr verdienen, weniger riskieren und besser schlafen, FinanzBuch Verlag, München 2012, Seite 70.

<sup>27</sup> *Thilo Sarrazin*: Europa braucht den Euro nicht – Wie uns politisches Wunschdenken in die Krise geführt hat, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2012, Seite 386. Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.*

<sup>28</sup> *Jürgen Stark* in einem ausführlichen Interview mit *Marietta Kurm-Engels, Gabor Steingart* und *Christian Vits* im *Handelsblatt* vom 23. - 25. März 2012 auf den Seiten 8 - 13.

<sup>29</sup> Überschrift über einen Artikel in der Zeitschrift *Capital* vom 19. Januar 2012, Seite 47, in dem beschrieben wird, wie die Europäische Zentralbank die Banken mit Liquidität überschwemmt.

<sup>30</sup> *Roland Tichy* in dem Leitartikel „Moralische Erpressung“ in der *WirtschaftsWoche* vom 6. Februar 2012, Seite 3, in dem er über die „Geiselnahme durch den Club Med“ schreibt. Hervorhebungen durch *Schmitz & Cie.*

<sup>31</sup> *Malte Fischer* in einem Kommentar in der *WirtschaftsWoche* vom 13. Februar 2012, Seite 38, in dem er die quantitative Lockerung der Zentralbanken als ein Mittel der Umverteilung kritisiert.





Kapitel 4.3 (Schleichende Enteignung durch negative Realzinsen) noch detailliert informieren und sinnvolle Lösungsmöglichkeiten für Sie aufzeigen.

Aus unserer Sicht sind die beschriebenen Gefahren in den Tagen vor dem letzten Juniwochenende im vergangenen Jahr noch deutlich gestiegen. Auf dem denkwürdigen Euro-Krisengipfel in Brüssel haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union „... aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ein Instrument zur Gemeinschaftshaftung für Banken in der Euro-Zone gemacht. Das ist unglaublich.“<sup>32</sup> Selbst neutrale Medien schreiben in aller Deutlichkeit von „Erpressung“ und „... dass die deutsche Regierung im massiven Kesseltreiben eingeknickt ist und den Weg zur europäischen Schulden-Union freigemacht hat.“<sup>33</sup> Zu einer sehr ähnlichen Sicht kommt *Hans-Werner Sinn*: „Auf Frau Merkel wurde vom Ausland mehr Druck ausgeübt, als je zuvor ein deutscher Kanzler nach dem Krieg hat aushalten müssen. Es wurde ein Kesseltreiben veranstaltet. Um an unser Geld zu kommen, hat man Deutschland imperiale Gelüste vorgeworfen und uns den Hass der Völker prophezeit. Dem Druck konnte Angela Merkel nicht mehr widerstehen.“<sup>34</sup>

Mit der von den Politikern angedachten Bankenunion zur Rettung des Euro ist auch ein europäischer Sicherungsfonds für Bankeinlagen verbunden – das klingt gut, ist es aber nicht. „Damit würde das Sicherheitsnetz, das unter den deutschen Sparern gespannt ist, auch Sparer anderer Länder absichern.“ „Die Hauptlast eines europäischen Sicherungsfonds für Bankeinlagen würden die deutschen Sparer tragen müssen.“<sup>35</sup> Die Konsequenz daraus ist, dass Deutschland längst erpressbar geworden ist, und obendrein der Zug in Richtung Transferunion schon lange abgefahren ist. „Das Land haftet bereits für rund 700 Milliarden Euro, beim Auseinanderbrechen der Union würde der Betrag unter anderem aufgrund der Verbindlichkeiten anderer Notenbanken bei der Deutschen Bundesbank schlimmstenfalls auf weit über 1000 Milliarden Euro steigen.“<sup>36</sup>

<sup>32</sup> *Holger Steltzner* in dem Artikel „In der Euro-Haftung“ in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 30. Juni 2012, Seite 1. Der Autor führt unter anderem aus, dass *Angela Merkel* zwar die Einführung von Euro-Bonds (noch) verhindert, aber gleichzeitig zugestimmt habe, den ESM zur Euro Bad Bank auszubauen. Dies könne am Ende teurer als die Euro-Bonds werden, weil die Bankeinlagen in der Euro-Zone höher als die Staatsschulden seien. *Holger Steltzner* ist Mitherausgeber der FAZ.

<sup>33</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 30. Juni 2012, Seite 47.

<sup>34</sup> *Hans-Werner Sinn* im Interview mit dem *Handelsblatt* vom 2. Juli 2012, Seite 10 – 11.

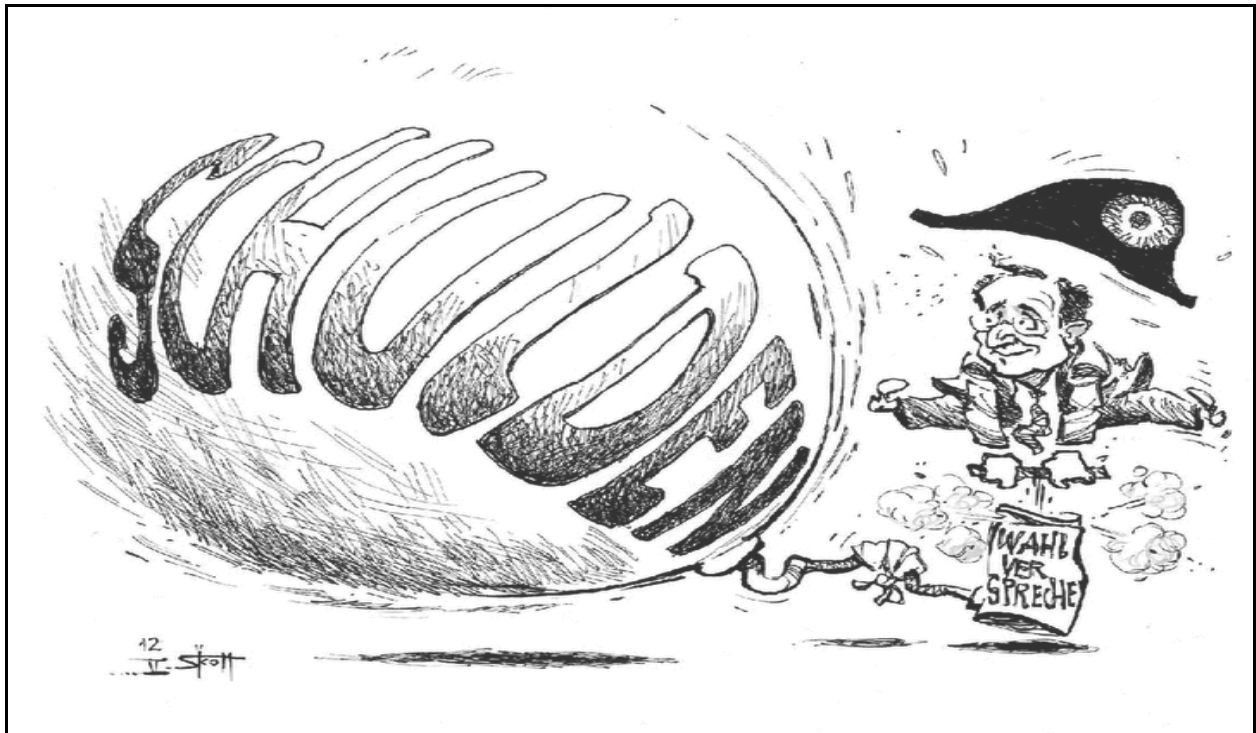
<sup>35</sup> Beide Zitate sind dem *Handelsblatt* vom 27. Juni 2012, Seite 1, entnommen. In dem Artikel „Deutsche Spareinlagen – Objekt der Begierde“ wird aufgeführt, dass die deutschen Banken Spar- und Termineinlagen in der Höhe von 1.800 Milliarden Euro verwalten, was fast so viel wie das gesamte Sparvolumen der Bürger aus den vier Krisenländern Italien, Spanien, Irland und Portugal ausmacht.

<sup>36</sup> Zitat aus dem lesenswerten Artikel von *Michael Rasch*: „Merkel – Gefangene der Märkte und des ‚Club Med‘“ in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 30. Juni 2012, Seite 21. Der Autor beschreibt, dass aus der Sicht der Märkte nur zwei Lösungen für die Schuldenproblematik existieren, eine Fiskal- und Transferunion oder ein Ende der Euro-Zone. Gleichzeitig räumt er auf „mit dem Märchen von Deutschland als Hauptprofiteur des Euro“ und der „eingebildeten Opferrolle der Südeuropäer“.

Eine ähnliche Sicht der Dinge vertritt DER SPIEGEL vom 2. Juli 2012 in dem Artikel „Geisel des Südens“ auf den Seiten 18 - 26, wo er sich über *Angela Merkel* wundert, die noch zwei Tage vor dem Gipfel in Brüssel vor der FDP-Bundestagsfraktion äußert, „Eine gesamtschuldnerische Haftung wird es nicht geben, solange ich lebe.“, um dann anschließend genau dieser gemeinschaftlichen Haftung zuzustimmen.



Stattdessen kann man es auf einen einfachen Nenner bringen: **Das Schuldenmachen geht unvermindert weiter und die Staatsschulden werden weiter aufgeblasen.**



Quelle: *Handelsblatt* vom 10. Mai 2012, Seite 8

Besonders dramatisch formuliert es *Klaus Stopp* von der *Baader Bank AG*: „**Politiker führen Deutschland zur Schlachtbank**. Es ist schon verwunderlich wie gelassen Deutschlands Bürgerinnen und Bürger auf den Ausverkauf ihrer Werte und Güter reagieren. Nach dem Aus im Halbfinale der Fußball-Europameisterschaft drängt sich der Eindruck auf, dass in Deutschland zwar Millionen von Bundestrainern leben, aber keine Menschen mit finanzpolitischem Sachverstand. Anders ist es nicht zu verstehen, dass nach den Beschlüssen in Brüssel und im Bundestag bzw. Bundesrat kein Aufschrei durch unser Land gegangen ist. Denn eigentlich müssten wir auf die Straße gehen und uns gegen das ‚Diktat der Schuldenländer‘ wehren. Aber wo sind nur unsere ‚Wutbürger‘? ... Sich nun auf die Richter des Bundesverfassungsgerichts zu verlassen ist töricht. Im besten Fall werden noch verschiedene Auflagen angeregt, aber verhindern wird kein Richter den Fiskalpakt und den ESM. Damit müssen wir uns abfinden oder aufbegehren!“<sup>37</sup>

Ähnlich drastisch schreibt *Eberhard Hamer* zu diesem Thema: „Die Bundestagsbeschlüsse zur Fiskalunion und zum ESM (‚Europäische Schuldenmaschine‘) wären ein **zweites Ermächtigungsgesetz**, mit dem Deutschland seine Finanzsouveränität einer europäischen Diktatur überantwortet. Wie das erste Ermächtigungsgesetz 1933 eine na-

<sup>37</sup> *Baader Bond Markets* vom 5. Juli 2012, Seite 1. Die *Baader Bank* ist im Handel mit Finanzinstrumenten eine der führenden Investmentbanken in Deutschland. Sitz des Unternehmens mit seinen 400 Mitarbeitern ist Unterschleißheim bei München.



tionale Diktatur geschaffen hat, schafft das zweite eine **europäische Finanzdikta-  
tur.**<sup>38</sup>

Einer der Gründe für das erfreulich verlaufene zweite Halbjahr 2012 an den internationalen Aktienmärkten war eine noch weitere Öffnung der Geldschleusen als bisher: Anfang September 2012 **hat die Europäische Zentralbank beschlossen, Staatsanleihen aus den Euro-Krisenstaaten ohne Limit zu kaufen.** „Das Ziel ist die Rettung des Euro durch Finanzierung von Schuldenstaaten, damit die Eurozone nicht zerfällt. Erst fiel das Bail-out-Verbot von Staaten im EU-Vertrag, jetzt das Verbot der monetären Staatsfinanzierung im Statut der EZB. Not kennt kein Gebot – gilt das von heute an auch für den Bürger?“<sup>39</sup>

In der Währungsunion bricht damit gegen den erklärten Willen der Deutschen Bundesbank **„eine neue Ära der Geldpolitik“**<sup>40</sup> an. Die Geschichte der alten EZB ist endgültig zu Ende. Sie war geprägt durch die deutsche Philosophie der Inflationsverhinderung. Allein unter dieser Bedingung war Deutschland bereit, die so symbolträchtige wie erfolgreiche Deutsche Mark aufzugeben und durch den Euro zu ersetzen.<sup>41</sup> Jetzt geht es schnellen Schrittes in Richtung **„Lateinische Währungsunion zulasten der deutschen Nation“.**<sup>42</sup> Das Resultat ist für Anleger in Deutschland traurig, aber wahr: „Die unmittelbaren Verlierer sind Sparer, deren Lebensversicherungen und Riester-Verträge durch die manipulierten Niedrigzinsen entwertet und inflationär massakriert werden.“<sup>43</sup>

In den ersten Wochen des Jahres 2013 „... scheint in der Euro-Krise relative Ruhe eingeleitet zu sein. Es ist **die Ruhe vor dem Sturm der Entrüstung**, wenn die Bundesregierung eingestehen muss, dass die Hilfskredite an Griechenland zu einem großen Teil abgeschrieben werden müssen.“<sup>44</sup> Das wird aus wahltaktischen Gründen sicherlich nicht vor der nächsten Bundestagswahl im Herbst 2013 geschehen, aber das Fazit steht längst fest: „Eine Rückzahlung der griechischen Schulden ist ... nicht durchsetzbar. Hätte man das früher eingestanden, wäre der Verlust kleiner gewesen, vor allem für die Steuerzahler.“<sup>45</sup> Aber daran haben wir uns ja schon gewöhnen müssen: „Politiker, Ban-

<sup>38</sup> Eberhard Hamer in *Zeit-Fragen* Nr. 22 vom 21. Mai 2012, Seite 4. Prof. Dr. Eberhard Hamer war bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1994 Professor für Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Bielefelder Fachhochschule der Wirtschaft. In den 1970er Jahren gründete er das privat geführte *Mittelstandsinstitut Niedersachsen* in Hannover. *Zeit-Fragen* mit Sitz in Zürich ([www.zeit-fragen.ch](http://www.zeit-fragen.ch)) ist eine Wochenzeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts. Hervorhebungen im Zitat durch *Schmitz & Cie.*

<sup>39</sup> Holger Steltzner im Leitkommentar in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 7. September 2012 auf Seite 1.

<sup>40</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 7. September 2012, Seite 25.

<sup>41</sup> Vgl. den lesenswerten Artikel „Inflation als Preis für den Euro“ von *Thomas Straubhaar* in der Ausgabe der *Finanz und Wirtschaft* vom 5. September 2012 auf Seite 3, in der der Autor der Frage nachgeht: „Was ist teurer – die Folgen eines Eurozerfalls oder die Kosten einer Inflation?“ Straubhaar ist Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Hamburg und Leiter des HWWI (Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut).

<sup>42</sup> *Roland Tichy* in seinem Kommentar „Berlin gezähmt“ zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Euro-Rettungsschirm in der *WirtschaftsWoche* vom 17. September 2012, Seite 5.

<sup>43</sup> Siehe vorherige Fußnote.

<sup>44</sup> *Norbert Häring* in dem Artikel „Stimmt es, dass wir den Griechen ihre Schulden erlassen müssen?“ im *Handelsblatt* vom 15. Januar 2013, Seite 10. Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.*

<sup>45</sup> Siehe vorherige Fußnote.



ker und Notenbanker eint ein gemeinsames Interesse, das System so lange wie möglich in Gang zu halten. Man wirft schlechtem Geld gutes hinterher. Dieses Vorgehen erinnert fatal an einen Spieler, der im Kasino ständig mehr wettet, um seine Verluste wieder hereinzuholen.“<sup>46</sup>

Häufig war in letzter Zeit von Politikern der Vergleich zu vernehmen, dass **die Eurorettung eine Frage von Krieg und Frieden** sei, obwohl sich der Euro nicht mal mehr als Friedensgarant, sondern nur noch als Spaltpilz erweist. Ein Leserbrief in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* stellt die Rettung des Euro noch in einen ganz anderen geschichtlichen Zusammenhang, nämlich mit dem Zweiten Weltkrieg: „Die Geschichte wiederholt sich, doch wir nehmen es nicht wahr, weil die Begriffe andere Namen tragen. Je deutlicher erkennbar sich ab 1943 die deutsche Niederlage abzeichnete, desto fanatischer wurde der blinde Glaube an den Endsieg.“ Der Leserbrief endet mit der Aussage: „Politisch korrekt bleibt weiterhin nur **der fanatische Glaube an den kommenden ‚Endsieg‘ des Euro!** Hätte Deutschland im Juli 1944 kapituliert, wären die Folgen schwerwiegend und sehr, sehr hart und bitter gewesen. Doch unser Staat wäre bestehen geblieben und die Teilung Deutschlands vermieden worden.“<sup>47</sup> Übertragen auf die jetzige Situation der Eurorettung bedeutet das: „Lieber jetzt ‚alles auf Anfang‘ setzen mit überschaubaren Vermögensverlusten als in einigen Jahren, wenn das Geld der Bürger weitgehend verspielt ist.“<sup>48</sup>

Besonders ans Herz legen möchten wir in diesem Zusammenhang den bereits vor 16 Jahren (!) veröffentlichten Artikel vom Verfasser dieser Investmentfonds-Berichte über die damals schon vorhersehbaren Probleme des Euro. Der verheißungsvolle Titel des Aufsatzes aus dem Jahr 1997 lautet: **„Der Euro – Große Chance oder Enteignung der deutschen Sparer?“** Der *TOKO Zeit-Kompass* ist eine Publikation von *Professor Waldemar Schneider* aus Hagen. Auf unserer Homepage [www.schmitzundcie.de](http://www.schmitzundcie.de) finden Sie den Artikel in der Rubrik „Publikationen“ unter dem Datum 4/2012.

Wir von *Schmitz & Cie.* haben die Hoffnung auf eine verantwortungsbewusste Bevölkerung in Deutschland jedoch noch nicht ganz aufgegeben und schließen uns dem Aufruf von *Hans-Werner Sinn* an: „Werdet mündige Bürger und lasst das nicht alles mit euch geschehen. Denn ihr seid es ja, die das kurzfristige Denken langfristig ausbaden müssen.“<sup>49</sup> In einen größeren Zusammenhang stellt *Cora Stephan* ihren Weckruf mit der Forderung nach mehr Liberalismus: „Die europa-, ja weltweite Staatsschuldenkrise könnte eine Sternstunde des Liberalismus sein. Denn **das notorische Schuldenmachen ist politisch breit gewollt**, um im Namen der Moral ‚Gutes‘ zu tun. Es müßte endlich jemand die Nebelwand durchstoßen und die aufgeklärt-mündigen Bürger mobili-

<sup>46</sup> Bert Flossbach/ Philipp Vorndran: Die Schuldenlawine – Eine Gefahr für unsere Demokratie, unseren Wohlstand und Ihr Vermögen, FinanzBuch Verlag, München 2012, Seite 32.

<sup>47</sup> Dr. Walther Freiherr von Marschall in dem Leserbrief „Die Geschichte wiederholt sich“ an die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, abgedruckt in der Ausgabe vom 28. Dezember 2012, Seite 36. Hervorhebung durch Schmitz & Cie.

<sup>48</sup> Ulrich Horstmann: Womit wir morgen zahlen werden – Warum die Währungsreform schneller kommt, als Sie denken, FinanzBuch Verlag, München 2012, Seite 195.

<sup>49</sup> Hans-Werner Sinn im Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 13. Juni 2012, Seite 31.





sieren.“<sup>50</sup> Und weiter: „Der Parteienstaat hat bewiesen, dass er mit dem Geld der Bürger nicht umgehen kann. Ein liberaler Befreiungsschlag wäre, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Wenn der Staat endlich wieder seinen Bürgern die Entscheidung überließe, was mit ihrem Geld geschieht, profitierte nicht nur die Freiheit. Sondern wahrscheinlich auch der Wohlstand.“<sup>51</sup> Doch zur Zeit geschieht leider nur das Gegenteil davon: „Der wirkliche Staat mischt sich viel mehr in das Leben seiner Bürger, er nimmt ihnen mehr als die Hälfte ihres Einkommenserfolgs erst einmal ab, um ihn dann, nach undurchschaubaren Regeln und auf vielfältigen Wegen, wider unter die Leute zu bringen. ... Anstatt die Freiheit zu ermöglichen, behindert es sie. Anstatt den mündigen Bürger zu respektieren, entmündigt er ihn.“<sup>52</sup>

Eine der sinnvollen Ausweichmöglichkeiten aus der aufgezeigten Euro-Problematik ist eine Investition in ausgesuchte Aktien und Aktienfonds – eine zusätzliche Alternative ist der Kauf von Gold. Im folgenden Kapitel zeigen wir Ihnen Gründe hierfür auf.

## 4.2 Gold

„Gold und die wirtschaftliche Freiheit.“ Der Aufsatz mit diesem Titel stammt aus dem Jahr 1966 und ist ein leidenschaftliches Plädoyer für den Goldstandard, also der Verpflichtung für die Zentralbanken, ihre Währungen mit Gold zu hinterlegen und jederzeit auf Wunsch gegen das gelbe Edelmetall einzutauschen. Der Verfasser des bemerkenswerten Artikels war ein gewisser *Alan Greenspan*, Chef der amerikanischen Notenbank *Federal Reserve* in den Jahren 1987 bis 2006.<sup>53</sup>

Zum Zeitpunkt des Erscheinens war der damals 40jährige Greenspan noch nicht oberster Notenbanker und konnte seine Meinung daher frei äußern: „ ... erkennt man, daß der Wohlfahrtsstaat nichts weiter als ein Mechanismus ist, mit welchem **der Staat das Vermögen der produktiven Mitglieder einer Gesellschaft konfisziert**, um damit zahlreiche Wohlfahrtsprojekte zu finanzieren. Ein großer Teil der Vermögenskonfiskation erfolgt in Form von Steuern. Aber die Wohlfahrtsbürokraten erkannten, daß die Steuerlast begrenzt werden mußte, wenn sie an der Macht bleiben wollten. Ihre Alternative war **massive Staatsverschuldung**, ...“<sup>54</sup>

---

<sup>50</sup> Cora Stephan in dem Essay „Was war das noch mal – der Liberalismus“ in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 29. Dezember 2012, Seite 21. Stephan ist freie Buchautorin und Verfasserin des 2011 erschienen Buches: „Angela Merkel. Ein Irrtum.“

<sup>51</sup> Siehe vorherige Fußnote.

<sup>52</sup> Rainer Hank: *Die Pleite-Republik – Wie der Schuldenstaat uns entmündigt und wie wir uns befreien können*, Karl Blessing Verlag, München 2012, Seite 48. Hank ist seit dem Jahr 2001 Leiter der Wirtschaftsredaktion der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*.

<sup>53</sup> Die Originalversion des Aufsatzes ist im Juli 1966 in *The Objectivist* erschienen. Die deutsche Übersetzung von Reinhard Deutsch (in der Bearbeitung von Gerhard Grasruck) findet sich unter [www.mises.de](http://www.mises.de) – dort am leichtesten erreichbar über die Funktion „Suchen“ am oberen Rand der Homepage.

<sup>54</sup> Seite 5 der deutschen Übersetzung von Reinhard Deutsch, siehe Fußnote 53, Hervorhebungen durch Schmitz & Cie.





Greenspan's Überzeugung nach war der große Vorteil des Goldstandards, dass „ ... die Menge an Kredit, den eine Wirtschaft verkraften kann, von den realen Sachwerten der Wirtschaft begrenzt wird, weil jeder Kredit letztlich ein Anspruch auf ein realen Sachwert ist.“<sup>55</sup> „Deshalb ist die mögliche staatliche Schuldenaufnahme unter einem Goldstandard sehr begrenzt. Die Abschaffung des Goldstandards ermöglichte es den Verfechtern des Wohlfahrtsstaates, das Banksystem für eine **unbegrenzte Kreditausweitung** zu mißbrauchen. In Form von Staatsanleihen erzeugten sie Papiervermögen, welches die Banken, nach einem komplizierten Verfahren, wie Realvermögen als Sicherheit zu akzeptieren, gleichsam als Ersatz für das was früher eine Einlage in Gold war. Der Inhaber einer Staatsanleihe oder eines auf Papiergeld gegründeten Bankguthabens glaubt, daß er einen gültigen Anspruch auf reale Werte hat. In Wirklichkeit sind aber mehr Ansprüche als Realwerte in Umlauf, als Realwerte vorhanden sind.“<sup>56</sup>

Alan Greenspan sieht darin eine wesentliche Ursache für Inflation und folgert: „Ohne Goldstandard gibt es keine Möglichkeit, Ersparnisse vor der Enteignung durch Inflation zu schützen. Es gibt dann kein sicheres Wertaufbewahrungsmittel mehr.“<sup>57</sup> Und weiter: „Die Finanzpolitik des Wohlfahrtsstaates macht es erforderlich, daß es für Vermögensbesitzer keine Möglichkeit gibt, sich zu schützen. Dies ist das schäbige Geheimnis, das hinter der Verteufelung des Goldes durch die Verfechter des Wohlfahrtsstaates steht. **Staatsverschuldung ist schlicht und ergreifend ein Mechanismus für die ‚versteckte‘ Enteignung von Vermögen.** Gold verhindert diesen heimtückischen Prozeß. Es schützt Eigentumsrechte. Wenn man das erst einmal begriffen hat, ist die Feindschaft der Wohlfahrtsstaatsverfechter gegen den Goldstandard nicht mehr schwer zu verstehen.“<sup>58</sup>

Eine **Wiederentdeckung einer Art von Goldstandard** ist durchaus im Bereich des Denkmöglichen. Erst Mitte Dezember 2012 plädierte der *World Gold Council*<sup>59</sup> wieder für die Einführung von mit Gold abgedeckten Staatsanleihen. Nach einem Konzept von *Professor Ansgar Belke* vom Wirtschafts- und Finanzkomitee des Europäischen Parlaments und der Universität Duisburg/Essen könnte dies gar eine Alternative zu dem von der Europäischen Zentralbank verkündeten Programm der Anleihenkäufe sein.<sup>60</sup> Belke führt hierzu aus, dass zumindest diejenigen Mitgliedsländer der Europäischen Union, die

<sup>55</sup> Seite 5 der deutschen Übersetzung von Reinhard Deutsch, siehe Fußnote 53.

<sup>56</sup> Seite 5 der deutschen Übersetzung von Reinhard Deutsch, siehe Fußnote 53. Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.*

<sup>57</sup> Seite 5 der deutschen Übersetzung von Reinhard Deutsch, siehe Fußnote 53.

<sup>58</sup> Seite 6 der deutschen Übersetzung von Reinhard Deutsch, siehe Fußnote 53. Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.* Man könnte nun vermuten, Alan Greenspan hätte im Laufe der Jahrzehnte, seit der Aufsatz erschienen ist, seine Meinung zu diesem Thema möglicherweise geändert. Das dies nicht der Fall ist, zeigen *Markus Lindermayr / Janne Jörg Kipp / Christoph Schnabel* in ihrem Buch: *Inflation oder Deflation? So schützen Sie sich vor allen Szenarien*, FinanzBuch Verlag, München 2012, auf den Seiten 137 - 146. Sie zitieren insbesondere die Antwort Greenspan's auf die Frage, ob er noch heute zu den Argumenten und Schlussfolgerungen seines Aufsatzes stehen würde: „Absolut“ (Seite 146).

<sup>59</sup> Der *World Gold Council* ist eine globale Lobby-Organisation der Goldminenindustrie. Ziel des World Gold Council ist es, die Nachfrage nach Gold zu stimulieren und zu erhalten. Der Council hat seinen Sitz in London und verfügt über Büros an sieben verschiedenen Standorten weltweit mit insgesamt rund 100 Mitarbeitern (Quelle: Wikipedia).

<sup>60</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. Dezember 2012, Seite 24.



über hohe Goldbestände verfügen (so zum Beispiel Italien und Portugal), einen Teil ihrer **Staatsanleihen mit Gold hinterlegen** könnten, um somit günstigere Finanzierungsbedingungen aushandeln zu können. Allein im Falle von Portugal könnte die Einführung von Staatsanleihen, die zu einem Drittel mit Gold unterlegt wären, die zu zahlenden Zinsen für Portugal um etwa ein Drittel reduzieren.<sup>61</sup>

Andere Stimmen kommen sogar zu der Überzeugung **„Gold wird zu einer globalen Parallelwährung“** und sehen auf Gold eine ganz neue Funktion bekommen: Spätestens wenn es nach der Finanz- und Wirtschaftskrise und der Staatsschuldenkrise zu einer weltweiten Krise des Papiergelds kommt, weil die Menschen ihrem Geld nicht mehr vertrauen, könnte der Goldpreis zu ungeahnten Höhenflügen ansetzen.<sup>62</sup> **„Gold ist das ultimative Zahlungsmittel.** Weitet die Zentralbank die Papiergeldmenge immer weiter aus, und zwar um mehr als die Goldmenge zunimmt, so sollte sich dies in einem steigenden Goldpreis, das heißt in einer sinkenden Kaufkraft des Papiergeldes gegenüber Gold, niederschlagen.“<sup>63</sup> Denn im Gegensatz zu Papiergeld können die Notenbanken und die Politiker Gold nicht beliebig vermehren.

Es gibt sogar darüber hinaus gehende Gedanken: „Eine Alternative wäre die **Einführung einer goldgedeckten Währung.** Sie würde neues Vertrauen bei den Bürgern schaffen und die schuldenausweitende Geldinflationierung begrenzen. Als Nebenprodukt würde diese Stabilisierungsmaßnahme, die den Spielraum der Politiker eingrenzt, auch zu einer größeren demokratischen Stabilität führen.“<sup>64</sup>

Die von Alan Greenspan in dem oben in Teilen zitierten Aufsatz angesprochene „unbegrenzte Kreditausweitung“ ist in Ansätzen bereits seit 1971 zu beobachten, dem Jahr, in dem das System des Goldstandards durch den damaligen US-Präsidenten *Richard Nixon* aufgehoben wurde. „Manche Fachleute sehen in dieser Entscheidung den eigentlichen Urgrund für anschließende Krisen und eben auch die heutige schwere Finanzkrise. Denn die Entbindung vom Gold entfesselte die Staaten und Notenbanken, die nun Defizite aufhäuferten und das Kreditvolumen explodieren lassen konnten.“<sup>65</sup>

Aber spätestens seit dem Jahr 2008 ist die **ungezügelter Geldmengenausweitung** in sehr massiver Form zu beobachten, wie die rote Linie in der unteren linken Grafik verdeutlicht:

---

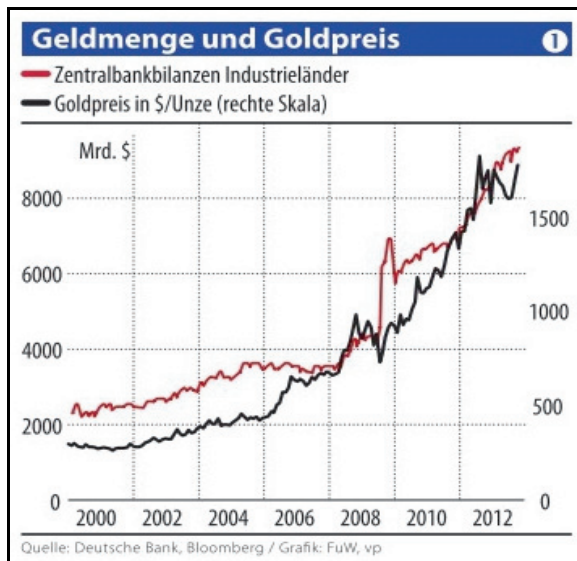
<sup>61</sup> Vgl. auch hierzu *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. Dezember 2012, Seite 24.

<sup>62</sup> *Thomas Mayer* im Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* vom 30. Dezember 2012, Seite 43. Mayer arbeitete unter anderem beim *Institut für Weltwirtschaft* in Kiel und für den *Internationalen Währungsfonds* in Washington. Bis Juni 2012 war er Chefvolkswirt der *Deutschen Bank*.

<sup>63</sup> *Thorsten Polleit* im *Degussa Marktreport – Ausblick 2013*, Seite 19. Hervorhebung durch *Schmitz & Cie*. Polleit ist Chefökonom der *Degussa Goldhandel GmbH* und seit 2003 Honorarprofessor an der Frankfurt School of Finance & Management. Der „Ausblick 2013“ ist im Internet abrufbar unter: [www.degussa-goldhandel.de/de/marktreport.aspx](http://www.degussa-goldhandel.de/de/marktreport.aspx).

<sup>64</sup> *Ulrich Horstmann*: *Womit wir morgen zahlen werden – Warum die Währungsreform schneller kommt, als Sie denken*, FinanzBuch Verlag, München 2012, Seite 193. Hervorhebung durch *Schmitz & Cie*. Insbesondere die Idee, „den Spielraum der ständig intervenierenden Politiker zu begrenzen“ (Seite 181) ist dem Autor dabei wichtig.

<sup>65</sup> *Bert Flossbach / Philipp Vorndran*: *Die Schuldenlawine – Eine Gefahr für unsere Demokratie, unseren Wohlstand und Ihr Vermögen*, FinanzBuch Verlag, München 2012, Seite 29.



Quelle: *Finanz und Wirtschaft*, 05.12.2012, S. 21



Quelle: *Finanz und Wirtschaft*, 13.10.2012, S.19

Innerhalb von noch nicht einmal fünf Jahren hat sich kumulierte Bilanzsumme der wichtigsten Notenbanken der Welt mehr als verdoppelt, innerhalb von zehn Jahre sogar mehr als vervierfacht!<sup>66</sup> Diese dramatische Geldmengenausweitung wird über kurz oder lang zu steigenden Inflationsraten führen, denn: „... Untersuchungen von Dutzenden von Inflationen, besonders von Hoch- und Hyperinflationen, haben nicht einen Fall aufgedeckt, in dem nicht eine massive Geldvermehrung vorausgegangen wäre.“<sup>67</sup>

Behalten Sie diesen Zusammenhang für Ihre Investitionsentscheidungen bitte immer im Hinterkopf: „Zu allen Zeiten wurden Inflation und Währungsverfall ausschließlich dadurch ausgelöst, dass sich der Staat des Notenbankkredits (vulgo der Notenpresse, zu Zeiten von Metallgeld auch der Münzverschlechterung) bediente, um sich zusätzliche Einnahmen zu verschaffen.“<sup>68</sup>

Eine Möglichkeit, sich als Anleger den mit den negativen Folgen der Geldmengenexplosion verbundenen Problemen in Form von Inflation und Kaufkraftverlust zu entziehen, ist der Kauf von Gold oder Silber. Wie der Verlauf der beiden Linien in der linken Grafik zeigt, existiert eine hohe Korrelation zwischen dem dramatischen Anstieg der Geldmenge (rote Linie) auf der einen Seite und dem Goldpreis (schwarze Linie) auf der anderen Seite. Oder anders formuliert: **Mit dem Erwerb von Gold konnte der Sparer dem von der Politik verursachten Kaufkraftverlust entkommen und sein Ersparnis real erhalten!** Dies ist auch der Tenor einer Titelstory von *FOCUS-MONEY* im Oktober 2012, wo die Schlagzeile auf dem Titelbild lautet: „Wer Verstand hat, kauft

<sup>66</sup> Bei den in der Grafik erwähnten Zentralbanken der Industrieländer handelt es sich um die Notenbanken der USA, der Eurozone und der Schweiz sowie von Großbritannien, Japan, Russland und China.

<sup>67</sup> Peter Bernholz in dem Artikel „Ist der Monetarismus widerlegt?“ in *Neue Zürcher Zeitung* vom 14. Januar 2013, Seite 20. Bernholz ist emeritierter Wirtschaftsprofessor der Universität Basel und anerkannter Geldpolitiker.

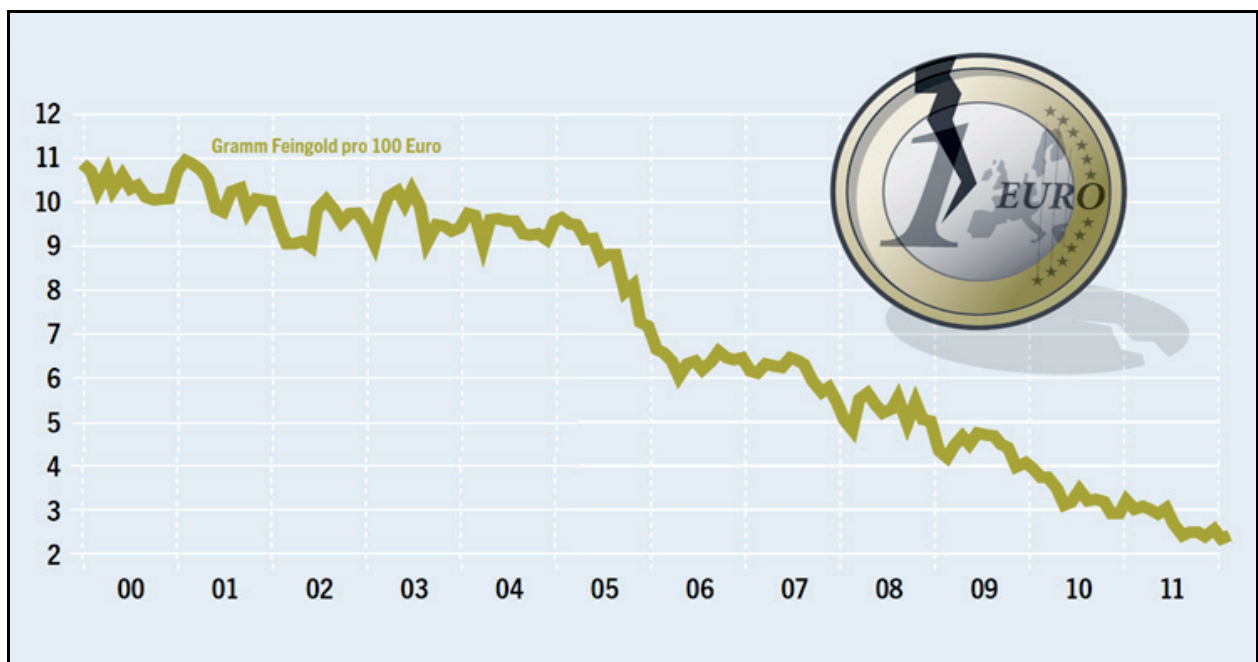
<sup>68</sup> Thilo Sarrazin: *Europa braucht den Euro nicht – Wie uns politisches Wunschdenken in die Krise geführt hat*, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2012, Seite 86.



Gold! Seit Jahrhunderten haben Politiker das Geld der Bürger immer wieder entwertet. Warum Gold schützt!<sup>69</sup>

Genau diesen Kauf von Gold scheinen insbesondere „die Reichen in Deutschland“ derzeit auch zu planen. Nach einer aktuellen Studie der *Steinbeis-Hochschule Berlin* sind nur 3,9 Prozent des gesamten Vermögens der Deutschen in Gold (Schmuck, physische Anlagen und Wertanlage) investiert.<sup>70</sup> Aber je höher Einkommen und Vermögen der insgesamt 2.000 befragten Privatleute sind, desto mehr Gold wollen sie in den nächsten drei Jahren kaufen. Ein gutes Zeichen für weiter steigenden Goldnotierungen, denn erst wenn die breite Masse (mit geringem und mittlerem Einkommen) sich von steigenden Kursen und der allgemeinen Euphorie um Gold anstecken lässt, nähert sich der Anstieg des Goldpreises seinem Ende – wie häufig in der Vergangenheit womöglich mit dem Platzen einer Blase! Aber davon sind wir noch weit entfernt.

Viele Anleger vertrauen der politisch gewollten und zur systemimmanenten Schwäche neigenden Einheitswährung Euro aus den oben aufgeführten Gründen nicht mehr und sehen stattdessen in Gold den wahren Wert. Damit liegen sie auf lange Sicht auch richtig, wie der Blick auf die untenstehende Grafik verdeutlicht:



Quelle: *WirtschaftsWoche* vom 26. März 2012, Seite 21

Bekam der euroskeptische Sparer zum Zeitpunkt der Einführung des Euro noch knapp elf Gramm Feingold für 100 Euro, können für denselben Betrag heute nur noch etwas mehr als zwei Gramm gekauft werden!

<sup>69</sup> *FOCUS-MONEY* vom 10. Oktober 2012. In dem Artikel auf den Seiten 26 - 39 wird sowohl auf die Vorzüge des Goldstandards bis zum Jahr 1971 hingewiesen „In einem System des Goldstandards wäre es nicht zu einer globalen Finanzkrise gekommen.“ (Seite 29) als auch das Augenmerk auf die ausufernde Staatsverschuldung und die „dramatische Geldentwertung seit 1971“ (Seite 30) gelenkt.

<sup>70</sup> Vgl. *Handelsblatt* vom 11. Dezember 2012, Seite 28 - 29.





Neben einem Kauf von Gold war in der letzten Dekade auch eine Anlage in **Silber** Erfolg versprechend. Wie ein Blick auf die rechte Grafik auf der Seite 24 zeigt, entwickelten sich die beiden Edelmetalle in den letzten 13 Jahren nahezu parallel: während sich der Goldpreis (rote Linie) dabei nahezu stetig und ohne große Rückschläge vermehrte, wies die Entwicklung des Silberpreises (schwarze Linie) zwar starke Kursschwankungen auf, konnte aber letztendlich die gleiche Wertsteigerung wie Gold aufweisen.

Für die Zukunft könnte sich Silber sogar als das bessere Investment im Vergleich zu Gold herausstellen. Insbesondere das Wertverhältnis von Gold und Silber, das viele Jahrhunderte lang zwischen ungefähr 11 : 1 und 16 : 1 lag (aktuell rund 50 : 1), spricht für einen stärkeren Anstieg des Silber- im Vergleich zum Goldpreis, wenn man sich beizeiten den historischen Relationen wieder annähern sollte.<sup>71</sup> Dazu kommt noch, dass die deutschen Bundesbürger gerade einmal Silber im Wert von acht Milliarden Euro, Gold jedoch immerhin im Gegenwert von 167 Milliarden Euro ihr Eigentum nennen.<sup>72</sup> Besonders im Hinblick auf mögliche einmalige Vermögensabgaben (siehe Kapitel 4.4: Enteignung durch einmalige Vermögensabgaben) erscheint ein Investment in Silber mehr Sinn zu machen, denn: „Was kaum jemand besitzt, weckt eben auch nicht die Begehrlichkeiten der Regierung.“<sup>73</sup>

Anleger, die dem inflationierten Papiergeld nicht mehr über den Weg trauen, und Teile ihres Vermögens in die nicht beliebig vermehrbaren Edelmetalle Gold und Silber investieren möchten, sind im *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds bestens aufgehoben, der seit vier Jahren erfolgreich als die beiden größten Positionen des Fondsvermögens Gold und Silber hält! Sollte der Goldpreis im Verlauf des Jahres 2013 durch Preismanipulation der Notenbanken oder aus anderen Gründe noch einmal deutlich unter die aktuelle Marke von rund 1.600 US-Dollar pro Feinunze sinken (was aus unserer Sicht durchaus vorstellbar wäre), so würden wir von *Schmitz & Partner* diese günstigen Kaufkurse als ein Geschenk ansehen und die entsprechenden Positionen im *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds noch einmal günstig aufstocken.

### 4.3 Schleichende Enteignung durch negative Realzinsen

Dauerhafte Geldentwertung ist schmerzhaft. Der Verlust an Kaufkraft muss allerdings nicht zwingend mit hohen Inflationsraten einhergehen, wie dies häufig in der Vergangenheit der Fall war. Ist das Zinsniveau niedrig genug, kann auch schon eine Inflation von zwei bis drei Prozent den Sparern sehr wehtun.

Im Euro-Raum steigen die Konsumentenpreise annualisiert um rund 2,5 Prozent. Da die Rendite der zehnjährigen Euro-Staatsanleihen aber nur 1,3 Prozent beträgt, verlieren die Anleger durch negative Realzinsen jährlich 1,2 Prozent an Kaufkraft.<sup>74</sup> Auf der unte-

<sup>71</sup> Vgl. hierzu *Thorsten Schulte*: Vermögen retten – In Silber investieren, Kopp Verlag, Rottenburg 2012, Seite 131.

<sup>72</sup> Die Zahlenangaben beziehen sich auf November 2011.

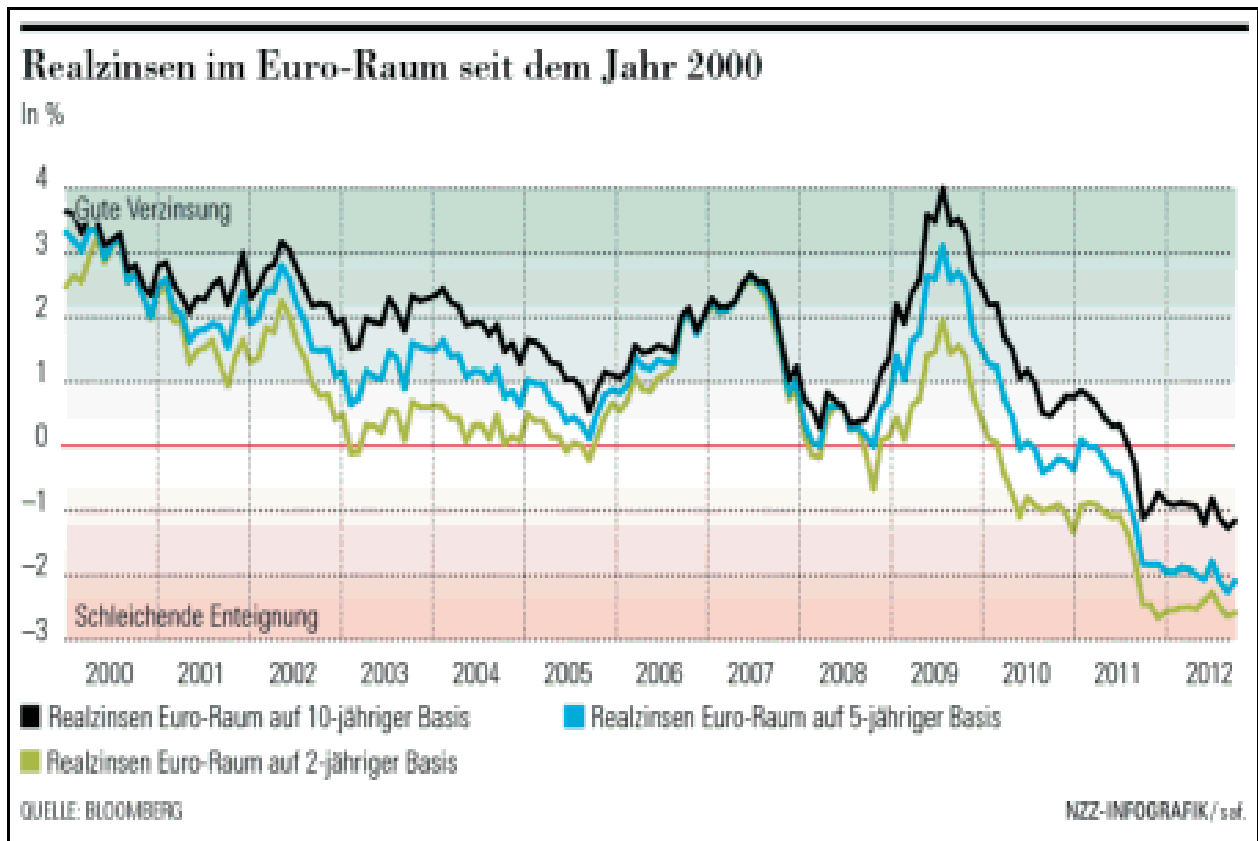
<sup>73</sup> *Thorsten Schulte*, aaO, Seite 79.

<sup>74</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 15. November 2012, Seite 35.





ren Grafik ist dieser Zusammenhang mit der schwarzen Kurve abgetragen. Man erkennt außerdem, dass diese **schleichende Enteignung der Sparer durch negative Realzinsen** bereits seit Mitte des Jahres 2011 bei einer Investition in zehnjährigen Staatsanleihen anhält:



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 15. November 2012, Seite 35

Noch düsterer sieht es aus, wenn man die mickrigen Renditen in Höhe von 0,5 Prozent bei fünfjährigen Staatsanleihen (blaue Linie in der obigen Grafik) oder gar die Nullverzinsung - genau 0,02 Prozent - bei den zweijährigen Staatsanleihen (hellgrüne Linie) betrachtet. Hier bewegt sich die politisch gewollte schleichende Enteignung der Anleger schon bei zwei bzw. zweieinhalb Prozent pro Jahr. Leider dürfte genau dies das Sparverhalten einer Vielzahl der Bürger sehr realistisch abbilden, da die allermeisten Anleger in sehr niedrig verzinsliche Anlageprodukte wie Sparguthaben, Tages- und Festgeld investieren.<sup>75</sup>

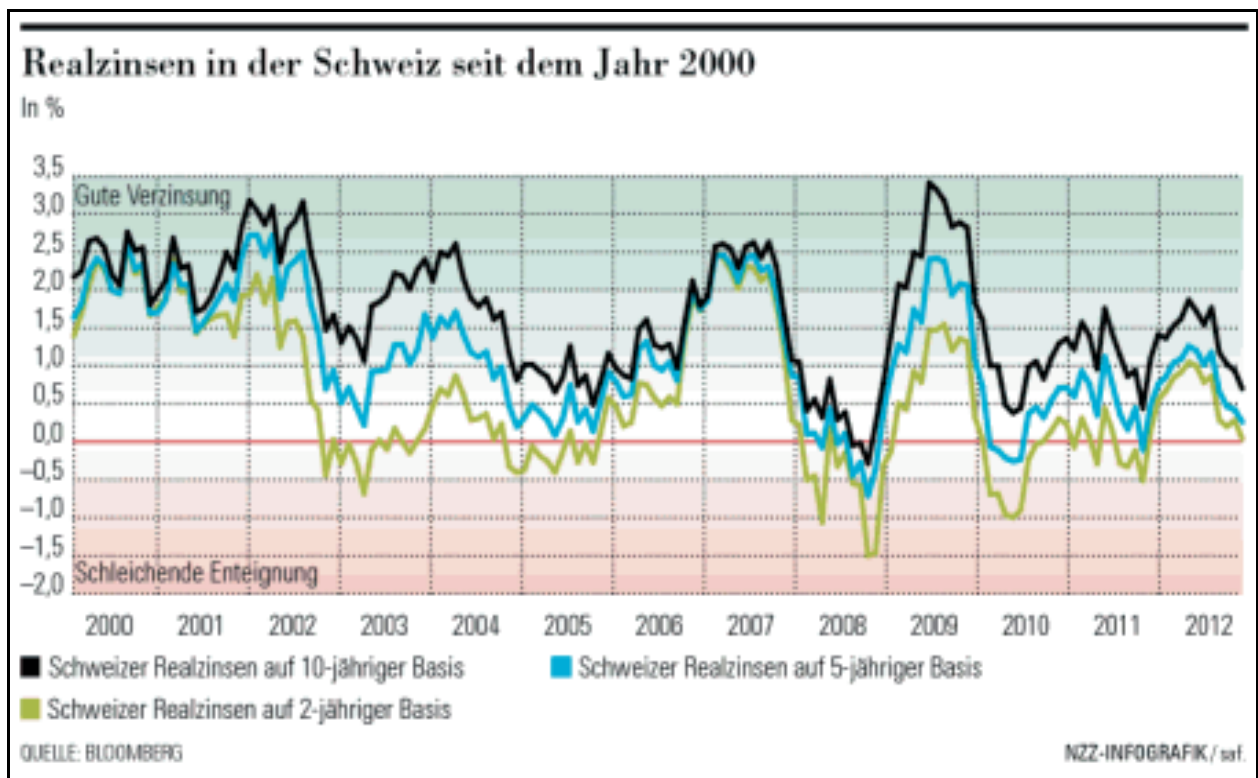
Das gerade dargestellte Bild der negativen Realzinsen für die Euro-Zone insgesamt gilt auch für die Situation in Deutschland. Die Renditen deutscher Bundesanleihen können mit der Teuerung bei weitem nicht mithalten. Auch hier werden die Bürger still und heimlich enteignet. „Negative Realzinsen sind die bekannteste **Form der finanziellen Repression**, mit der Staaten versuchen, sich auf Kosten von Sparern und künftigen Rentnern zu entschulden.“<sup>76</sup>

<sup>75</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 15. November 2012, Seite 35.

<sup>76</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 15. November 2012, Seite 35. Hervorhebung im Zitat durch Schmitz & Cie.



In der Schweiz ist die oben beschriebene finanzielle Repression deutlich weniger ausgeprägt als in den USA, Großbritannien und der Euro-Zone. Negative Realzinsen existieren in der Eidgenossenschaft gegenwärtig nicht. Der Blick auf die untere Grafik zeigt, dass in allen Laufzeitbereichen die Schweizer Staatsanleihen positive Realverzinsungen aufweisen:



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 15. November 2012, Seite 35

Eine schleichende Enteignung findet somit in der Schweiz - im Gegensatz beispielsweise zu Deutschland - nicht statt. Einer der Hauptgründe hierfür liegt sicherlich in der viel höheren Staatsverschuldung der Euro-Zone (deutlich über 80 Prozent des Bruttoinlandproduktes) im Vergleich zur Schweiz, wo die Staatsverschuldung nur bei ungefähr 40 Prozent liegt. Daher ist die Notwendigkeit in der Euro-Zone auch viel größer, die Geld- und Kapitalmarktzinsen Richtung Null zu manipulieren, um **den drohenden Staatsbankrott einzelner Länder im Euroverbund noch einige Jahre hinauszögern** zu können. Aus der Sicht von *Schmitz & Partner* ist dies ein weiteres starkes Motiv, für unsere Kunden in den individuell gemanagten Wertpapierdepots und auch im *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds* Schwerpunktanlagen im Schweizer Franken vorzunehmen!

Leider wird in der deutschen Öffentlichkeit der Begriff **Inflation** häufig falsch verstanden und damit die Problematik der schleichenden Enteignung verkannt und unterschätzt. Das liegt unter anderem an der (bewusst herbeigeführten?) **Umkehrung der Begrifflichkeit**: „Der moderne Begriff Inflation steht heute nicht mehr für die Ursache – die Aufblähung der Geldmenge – sondern nur für dessen Folge, den Anstieg der Preise. Um zu verschleiern, dass Geldmengeninflation die wahre Ursache von Preisstei-



gerungen und damit von Kaufkraftverlust ist, wurde die Folge als die Ursache bezeichnet. Nun ist die ‚Inflation‘ – also die Preissteigerung – Schuld am Kaufkraftverlust, und schon legt sich ein Nebelschleier der Unkenntnis über den wahren Sachverhalt.“<sup>77</sup>

Warum ist das so? „Neben dem Konstruieren und Fälschen von Beweisen ist das Vertauschen von Ursache und Wirkung eine der effektivsten Täuschungsmethoden, die der menschliche Geist je eronnen hat, um seine Zeitgenossen zu manipulieren. Der Sinn dieser Täuschung ist die ‚Steuerung der Inflationserwartung‘, wie es im modernen Notenbankjargon heißt. Damit ist die Manipulation der kollektiven Erwartung der Bevölkerung hinsichtlich zukünftiger Preissteigerungen gemeint. Das Ziel dieser Manipulation ist es, den Zeitraum zwischen der Ausweitung der Zahlungsmittelmenge und dem nachfolgenden Anstieg des allgemeinen Preisniveaus so lang wie möglich auszudehnen. Denn nur in der Phase, in der das Geldmengenwachstum nicht von Preisanstiegen begleitet wird, ist die Inflation für Verursacher der Geldschöpfung vorteilhaft.“<sup>78</sup>

#### 4.4 Enteignung durch einmalige Vermögensabgaben

Aber es wird möglicherweise noch viel schlimmer kommen, als im vorhergehenden Kapitel beschrieben. Denn neben „der schleichenden Enteignung der Deutschen“<sup>79</sup> durch Inflation droht die **Einführung einer Zwangsabgabe auf Vermögen**. So hat das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)* eine Zwangsanleihe oder eine Zwangsabgabe vorgeschlagen. Mit einem Satz von zehn Prozent könne man in Deutschland gut neun Prozent des Bruttoinlandprodukts einnehmen, was rund 230 Milliarden Euro entspräche.<sup>80</sup> Das DIW empfiehlt hohe Vermögensabgaben als Ausweg für die immense Staatsverschuldung und betont: „Den hohen Staatsschulden in der Eurozone stehen staatliche und hohe private Vermögen gegenüber, die in der Summe die Staatsschulden deutlich übersteigen.“<sup>81</sup>

Auch die Politik ist auf diesen Zug aufgesprungen. Nach einem Gesetzentwurf der Grünen würde privates Vermögen über zehn Jahre mit jährlich 1,5 Prozent belastet. Nach Plänen von SPD-geführten Ländern würde dauerhaft wieder eine Vermögenssteuer von einem Prozent pro Jahr eingeführt. Und die Fraktion „Die Linke“ fordert, Vermögen über eine Million Euro mit fünf Prozent pro Jahr zu besteuern.<sup>82</sup> Der Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di *Frank Bsirske* befürwortet sogar eine **einmalige Abgabe von 10 bis 30 Prozent** auf Millionenbesitz.<sup>83</sup> Der dahinter stehende Gedankengang ist einfach: „... Staatsschulden sind Bürgerschulden. Bürgerschulden wird jeder Bürger tragen müssen. (...) Buchhalterisch betrachtet, ist die Lösung simpel: Eine Umbuchung vom großen Pri-

<sup>77</sup> Markus Lindermayr / Janne Jörg Kipp / Christoph Schnabel: Inflation oder Deflation? So schützen Sie sich vor allen Szenarien, FinanzBuch Verlag, München 2012, Seite 99.

<sup>78</sup> Markus Lindermayr / Janne Jörg Kipp / Christoph Schnabel, aaO, Seite 99 - 100.

<sup>79</sup> Titelzeile *DER SPIEGEL* vom 8. Oktober 2012.

<sup>80</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12. Juli 2012, Seite 9.

<sup>81</sup> Siehe vorherige Fußnote.

<sup>82</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28. September 2012, Seite 13. Wenn „Die Linke“ sich mit ihren Steuerplänen durchsetzte, würde ein stolzer Hauseigentümer in 20 Jahren zu einem Mieter.

<sup>83</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6. Oktober 2012, Seite 13.



vatvermögen zum Staat. Schon sind die Schulden weg – und die Bürger entsprechend ärmer.“<sup>84</sup>

Wer von den Lesern jetzt meint, Vermögensenteignungen dieser Art - und erst recht in dieser Höhe - seien verfassungswidrig und niemals rechtlich durchzusetzen, der irrt! Wenige Wochen nach dem ersten Vorstoß des DIW zur Zwangsabgabe veröffentlicht der Verfassungsrechtler *Joachim Wieland* ein Gutachten, in dem eine **einmalige Zwangsabgabe** auf hohe Vermögen als **rechtmäßig und verfassungsgemäß** eingestuft wird.<sup>85</sup> Wieland weist darauf hin, dass das Grundgesetz in Artikel 106 ausdrücklich „einmalige Vermögensabgaben“ vorsehe. Die gegenwärtige Finanz- und Bankenkrise sowie der angestrebte Abbau von Staatsschulden stellten einen Notstand dar und reichten zur Rechtfertigung aus.<sup>86</sup> Darüber hinaus schreibt Wieland in seinem Gutachten: „Der Ertrag einer einmaligen Vermögensabgabe kann auch zur Absicherung der Risiken aus vom Bund übernommenen Garantien und Gewährleistungen für fremde Schulden benötigt werden.“<sup>87</sup> Und so schreibt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* dann auch folgerichtig: **„Erst haften die Deutschen für überschuldete Euro-Staaten, dann greift der Finanzminister auf ihr Vermögen zu.“**<sup>88</sup>

So traurig es sich anhört, so groß ist wohl die Wahrscheinlichkeit, dass es eintreten wird, denn: „Demokratie und Marktwirtschaft sind allenfalls Lippenbekenntnisse, defacto werden sie zunehmend ausgeschaltet. Immobilieneigentümer müssen mit Sonderabgaben rechnen, Sparer und Staatsanleihenbesitzer (ob direkt oder indirekt, zum Beispiel über Lebensversicherungen, die in Staatsanleihen finanziell angeschlagener Länder in der Euro-Zone investieren) müssen mit deutlichen Abschlägen rechnen, solange an der Notfallgemeinschaft EU mit immer höheren Transfers festgehalten wird.“<sup>89</sup>

Der Staatsrechtslehrer *Karl Albrecht Schachtschneider* sieht diese Gefahr konkret auf uns zukommen und führt aus: „Auch die Grundstücksvermögen, Häuser und Wohnungen, dürften entwertet werden, zumal zu erwarten ist, dass sie vor dem endgültigen Zusammenbruch vom Staat mittels **Zwangsanleihen zur Finanzierung fremder Staaten** missbraucht werden.“<sup>90</sup>

<sup>84</sup> *Ingo Narrat*: „Der Staat wird uns enteignen“ in *Handelsblatt* vom 30. Juli 2012, Seite 11.

<sup>85</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18. August 2012, Seite 19. Professor Dr. Joachim Wieland hat einen Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Finanz- und Steuerrecht an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer inne. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Verfassungsrecht, Finanzverfassungsrecht, Steuerrecht und Öffentliches Wirtschaftsrecht. Unter der Adresse [www.boeckler.de/pdf/pm\\_2012\\_08\\_17\\_wieland.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/pm_2012_08_17_wieland.pdf) kann das Gutachten vom 17. August 2012 nachgelesen werden.

<sup>86</sup> Siehe Gutachten Seite 33.

<sup>87</sup> Gutachten Seite 27.

<sup>88</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12. Juli 2012, Seite 9. In demselben Artikel schreibt der Autor *Manfred Schäfers*, dass schon zu früheren Zeiten amerikanische Ökonomen gespottet hätten, das deutsche Wirtschaftswunder bestünde darin, dass die Menschen bei den hier herrschenden Abgabesätzen überhaupt arbeiteten.

<sup>89</sup> *Ulrich Horstmann*: *Womit wir morgen zahlen werden – Warum die Währungsreform schneller kommt, als Sie denken*, FinanzBuch Verlag, München 2012, Seite 148.

<sup>90</sup> *Karl Albrecht Schachtschneider*: „Ein weiterer Weg zur Diktatur“ in *Kopp Online* vom 18. September 2012; Hervorhebung durch *Schmitz & Cie*. In dem siebenseitigen Aufsatz (nachzulesen unter: <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/prof-dr-karl-albrecht-schachtschneider/ein-weiterer-schritt-zur-diktatur.html>) beklagt sich der Autor über den fehlenden Mut des Bundesverfassungsgerichtes, in seinem Urteil am 12. September 2012 den Euro-Rettungsschirm nicht verhindert zu haben. Professor Dr. Karl Albrecht Schachtschneider



In Artikel 14, Absatz 3, Satz 1 bis 3 des Grundgesetzes heißt es: „Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen.“ Besonders häufig stand in der Vergangenheit der **Immobilienbesitz im Mittelpunkt staatlicher Abschöpfungs- und Enteignungsmaßnahmen:**

- 1919: Reichsnotopfer
- 1920: Wertzuwachssteuer für Grundstücks- und Immobilienverkäufe in Berlin
- 1924: Gebäudeentschuldungssteuer (auch Hauszinssteuer genannt)
- 1952: Lastenausgleichsgesetz (umfasste die Vermögensabgabe sowie die Hypotheken- und Kreditgewinnabgabe)

Merkwürdigerweise ist das Lastenausgleichsgesetz von 1952 in weiten Teilen der Bevölkerung inzwischen in Vergessenheit geraten, obwohl die Vermögensabgabe von 50 Prozent (!) auf Immobilien- und Grundvermögen über 30 Jahre gestreckt worden ist, die letzten Raten an den Staat also erst im Jahr 1982 bezahlt worden sind und außerdem einen hohen Anteil der deutschen Bürger getroffen hat. Interessanterweise kommt noch folgendes hinzu: „Wer aktuell nach Details zum Lastenausgleichsgesetz im Internet sucht, wird feststellen, dass auf Webseiten, welche der öffentlichen Hand zuzurechnen sind, diejenigen Paragraphen ausgeblendet sind, in denen die Zahlungsverpflichtungen definiert wurden. Ein bemerkenswertes Detail.“<sup>91</sup>

Immobilienbesitz wird auch bei einer kommenden einmaligen Vermögensabgabe im Mittelpunkt der Betrachtungen der geldgierigen Politiker stehen. Zum einen, weil Immobilien „nicht so schnell weglaufen können“ – daher der Name „immobil“, zum anderen weil bei einem gesamten privaten Vermögen von fast 10 Billionen Euro rund die Hälfte in Immobilien investiert ist. Bei einer denkbaren einmaligen Vermögensabgabe von beispielsweise 20 Prozent auf alle Immobilien in Deutschland kämen für den Bundeshaushalt über 1.000 Milliarden Euro zusammen, immerhin knapp die Hälfte der aktuellen Staatsverschuldung. Würden hingegen der gesamte Aktienbesitz in Deutschland mit einer Vermögensabgabe von 100 Prozent belegt, könnten nur rund 200 Milliarden Euro erlöst werden. Dies zeigt, dass bei einer einmaligen Vermögensabgabe **Immobilienbesitz viel stärker gefährdet ist als beispielsweise Eigentum in Aktien** und ist zugleich einer der entscheidenden Gründe, warum wir von *Schmitz & Partner* dringend gegen übermäßigen Immobilienbesitz (mehr als ein Drittel des gesamten Vermögens) und statt dessen für Aktien- bzw. Aktienfonds als Investition plädieren.

Erstaunlich ist allerdings, dass bei diesen Enteignungsüberlegungen ausschließlich „die Reichen“ im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen, mit der vermeintlichen Begründung, dass „die Armen“ ja nichts beitragen können. Das *Handelsblatt* trägt hier einen interes-

---

hatte bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2006 den Lehrstuhl für öffentliches Recht der Universität Erlangen-Nürnberg inne.

<sup>91</sup> Andreas Jacobs und Ralph Malisch in dem Artikel „Eigentum verpflichtet“ in *Smart Investor* 11/2012, Seite 18 - 21, hier Seite 18.





santen Gedankengang vor: „Was spräche dagegen, Geringverdiener, die zum Beispiel nur 38 oder 40 Stunden pro Woche arbeiten, ein bis zwei Stunden länger arbeiten zu lassen und diesen Zusatzverdienst vollständig und direkt in das Staatssäckel abzuführen? Jeder trägt dann zu dem Erhalt der Gesellschaft bei – indem er entweder Geld oder Arbeitszeit opfert.“<sup>92</sup>

Der Düsseldorfer Steuerrechtler *Professor Thomas Koblenzer* erklärt in diesem Zusammenhang, warum Bund, Länder und Gemeinden nicht mit ihrem Geld klarkommen: „Das liegt vor allem daran, dass ein Teil der Bevölkerung - die untere Mittelschicht und die Unterschicht - wesentlich mehr Leistungen erhält, als er an volkswirtschaftlichem Wertschöpfungsbeitrag erbringt. Das kann zwar gesellschaftlich wünschenswert sein, damit die Einkommensschere zwischen Arm und Reich sich nicht zu weit öffnet. Jedoch entsteht so mathematisch ein Delta, also **ein Minus, das nur durch Umverteilung oder Schuldenaufnahme ausgeglichen werden kann.**“<sup>93</sup>

Alle diese Überlegungen zur Umverteilung und einmaligen Vermögensabgaben werden sich im Jahr 2013 - spätestens jedoch nach der Bundestagwahl im Herbst - noch häufen und intensivieren. Sämtliche „Verfechter einer Vermögensabgabe suggerieren, der Staat habe ein Einnahmenproblem. Das Gerede von den ‚leeren Staatskassen‘ war aber noch nie so falsch wie jetzt. Der deutsche Staat wird in diesem Jahr mit über 600 Mrd. € die höchsten Steuereinnahmen in der Geschichte der Bundesrepublik erzielen; die Kassen sind voller denn je.“<sup>94</sup> **Wir haben kein Einnahmenproblem, wir haben ein Ausgabenproblem!** Richtig wäre deshalb eine Debatte über die Staatsausgaben. „Die staatlichen Finanzprobleme lassen sich nicht einfach lösen, indem man die Reichen schröpft. Der deutsche Staat hat vier Jahrzehnte lang auf Kredit gelebt. Jetzt werden zahlreiche Jahre des Maßhaltens nötig sein.“<sup>95</sup>

## 5. Unsere Empfehlungen für ein erfolgreiches Investmentjahr

Trotz historisch niedriger Zinsen lassen viele Deutsche ihr Geld auf Tagesgeldkonten verkümmern – aus **Unsicherheit und Unwissenheit**. Von den inzwischen fast 5.000 Milliarden Euro privatem Geldvermögen halten die deutschen Sparer knapp 2.000 Milliarden Euro, immerhin über 40 Prozent, als Spar-, Sicht- und Termineinlagen und in Form von Bargeld.<sup>96</sup> Dies sind in der untenstehenden Grafik die blau eingezeichneten Abschnitte im Kreisdiagramm:

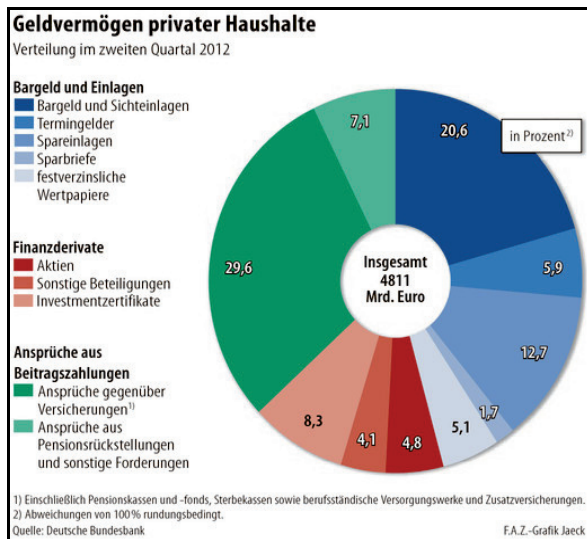
<sup>92</sup> *Handelsblatt* vom 25. September 2012, Seite 10.

<sup>93</sup> *Thomas Koblenzer* im Interview mit der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14. November 2012, Seite V 3. Hervorhebungen durch *Schmitz & Cie.* Koblenzer erinnert als mögliche Konsequenz der kommenden Vermögensabgaben daran, dass schon in der Vergangenheit große Vermögen ins Ausland abgewandert sind – und zwar nie wegen der Einkommensteuer, sondern immer wegen Substanzsteuern.

<sup>94</sup> *Matthias Benz* in dem lesenswerten Artikel „Deutschlands verquere Verteilungsdebatten“ in *Neue Zürcher Zeitung* vom 13. Oktober 2012, Seite 29.

<sup>95</sup> Siehe vorherige Fußnote.

<sup>96</sup> Vgl. zu den Zahlenangaben *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. Dezember 2012, Seite C 1.



Quelle: FAZ vom 5. Dezember 2012, Seite C 1

Dazu kommen noch etwa 1.700 Milliarden Euro, die die deutschen Sparer bei Lebensversicherungen, Pensionskassen und berufsständigen Versorgungswerken für ihre Altersvorsorge angelegt haben.

Auch dieser Anteil des privaten Geldvermögens (die beiden hell- und dunkelgrün eingezeichneten Teile des Kreisdiagramms) leidet unter den niedrigen Zinsen und wird durch Verzinsungen unterhalb der Inflationsrate **schleichend enteignet!**

Man kann daher leicht den Eindruck gewinnen: „Je weniger Ertrag eine Anlage bringt, desto beliebter ist sie bei den Bundesbürgern.“<sup>97</sup> Lediglich rund 200 Milliarden oder 4,8 Prozent des privaten Geldvermögens (dunkelroter Abschnitt des Kreisdiagramms) sind in einer der nachhaltigsten und rentabelsten Anlageform überhaupt investiert: Aktien!

Warum ist dieser Anteil in der privaten Vermögensanlage in Deutschland so verschwindend gering, obwohl sämtliche Untersuchungen und Analysen die langfristige Überlegenheit von Aktien gegenüber den anderen Anlageformen immer wieder aufs Neue betonen? „Dieses unbedarfte, ja sogar völlig widersinnige Sparverhalten ist nach meiner Ansicht größtenteils darin begründet, dass die meisten Bundesbürger in Gelddingen wenig aufgeklärt sind.“<sup>98</sup> Dazu kommt wohl die vorhandene **Unsicherheit** der Anleger. „Ein weiterer Grund für die Risikoscheu könnte die relative **Unwissenheit** der Deutschen über die Geldanlage sein, die Studien immer wieder belegen, ...“<sup>99</sup>

Gerne helfen wir von der *Schmitz & Cie. GmbH* Ihnen, lieber Kunde, sowohl die Unsicherheit als auch die Unwissenheit in diesem Gebiet abzubauen. Denn nichts ist schlimmer, als aus Unkenntnis sein mühsam erarbeitetes Vermögen durch sichere Verluste und schleichende Enteignung Stück für Stück zu verlieren. **Die breite Masse spart sich mit Tagesgeld und Bundesanleihen arm** – und ignoriert, dass die Welt voller Chancen steckt. Sprechen Sie uns an, wir sorgen dafür, dass Ihnen in der Zukunft keine Gewinne mehr entgehen!

Nutzen Sie die langfristige Überlegenheit der Aktie im Vergleich zu allen anderen Anlageformen für Ihren Vermögensaufbau! **„Über einen gleitenden Zeitraum von 30**

<sup>97</sup> *Gottfried Heller: Der einfache Weg zum Wohlstand – Mehr verdienen, weniger riskieren und besser schlafen, FinanzBuch Verlag, München 2012, Seite 107.*

<sup>98</sup> *Gottfried Heller, aaO, Seite 108.*

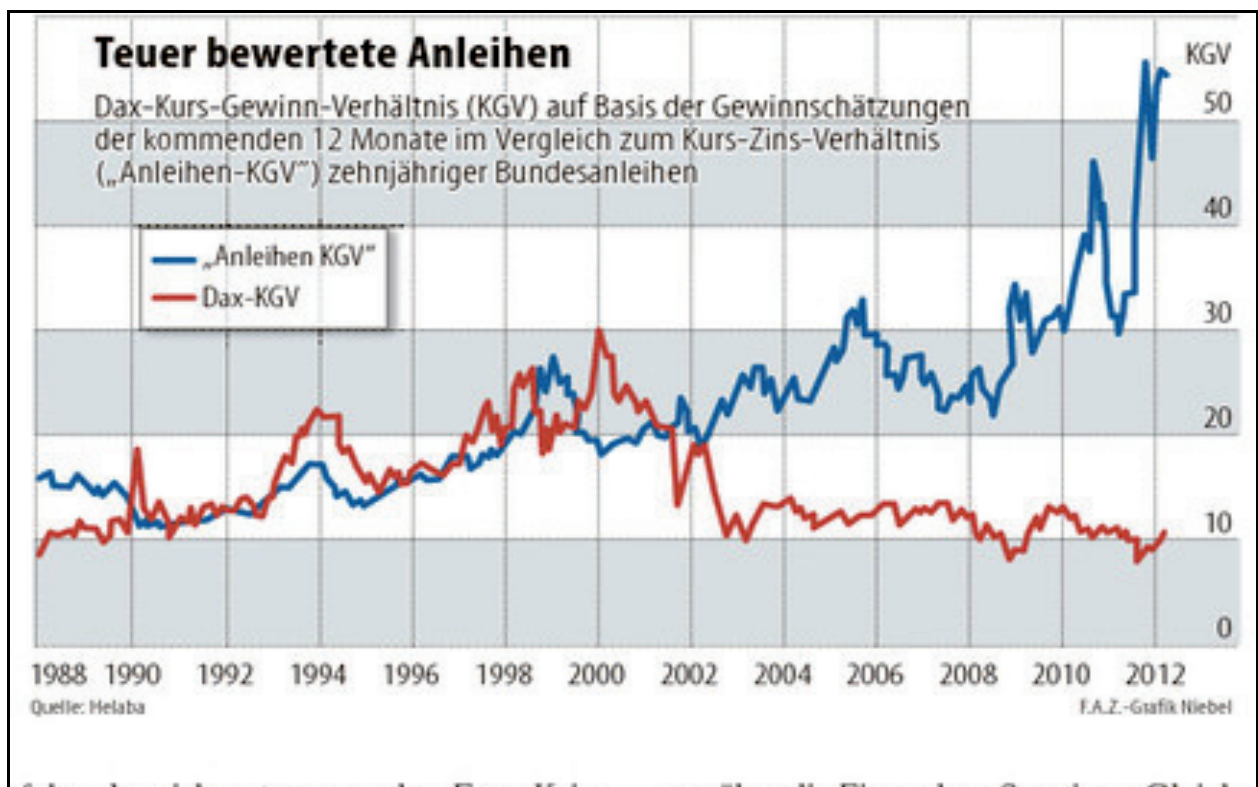
<sup>99</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Dezember 2012, Seite C 1. Hervorhebung durch Schmitz & Cie.*



**Jahren haben Anleihen noch nie (!) eine höhere Rendite als Aktien erzielt.**<sup>100</sup>

Aktien reflektieren die langfristigen Unternehmensgewinne der Zukunft. Sie sind die geballte Weisheit der Wirtschaft und ihrer künftigen Innovationen. Unternehmen und ihre Aktien sind flexibel und passen sich veränderten Umständen an. Anleihen können das nicht. Sie sind lediglich ein Vertrag mit vereinbarter Verzinsung und Rückzahlung. Unternehmensgewinne aber steigen und werfen in Form von Dividendenerhöhungen und Aktienkurssteigerungen einen wachsenden Ertrag ab. Das war in der Vergangenheit so und wird auch in der Zukunft so sein.<sup>101</sup>

Wie uninteressant und teuer Anleihen im Vergleich zu den günstigen Aktien inzwischen geworden sind verdeutlicht die unten stehende Grafik:



Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. März 2012, Seite 19

Während die Bewertung von Aktien (rote Linie) seit dem Jahr 2000 immer günstiger geworden ist, klettert die Bewertung von Anleihen (blaue Linie) seit 25 Jahren nahezu ununterbrochen. Noch nie war die Diskrepanz zwischen Aktien und Anleihen so groß wie zur Zeit – oder anders formuliert: **Aktien waren noch nie so günstig!**

Und so sind in letzter Zeit auch folgerichtig immer häufiger Schlagzeilen zu lesen wie: „Die langsame Rückkehr der Aktie“<sup>102</sup> oder „Aktien sind ... so billig wie seit 1955 nicht

<sup>100</sup> Ken Fisher in seiner Kolumne „Altersvorsorge mit Aktien“ in FOCUS-MONEY vom 7. November 2012, Seite 33.

<sup>101</sup> Vgl. Ken Fisher, siehe vorherige Fußnote.

<sup>102</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Oktober 2012, Seite 20.



mehr.“<sup>103</sup> Das *Handelsblatt* titelt: „Die Aktie kehrt zurück. Vieles spricht dafür, dass wir erst am Anfang eines Booms stehen.“<sup>104</sup> Und: „**Es ist nicht auszuschließen, dass wir vor einem goldenen Jahrzehnt der Aktie stehen.**“<sup>105</sup> Oder auch: „Immer mehr wohlhabende Privat- und große institutionelle Anleger kehren an die Börse zurück.“<sup>106</sup> Noch deutlicher titelt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: „**Die großen Fondsmanager schichten in Aktien um.** Nach dreißig Jahren Ende des Booms an den Anleihemärkten – Startschuss für ‚The Great Rotation‘“<sup>107</sup>

Für den langfristige Erfolg ist es entgegen landläufiger Meinung nicht entscheidend, zu welchem Zeitpunkt Sie Aktien oder Aktienfonds kaufen – entscheidend für Ihren Erfolg ist es, dass Sie überhaupt welche kaufen! „Anleger, die an einem beliebigen Tag im Jahr 1982 in den MSCI Germany investierten und ihre Anlage nach 30 Jahren zur Jahresmitte 2012 verkauften, hätten eine jährlichen Rendite von 6,8 % erzielt. Der Einstieg zum niedrigsten Kurs hätte eine Rendite von 6,96 % erbracht, zum höchsten Kurs waren es 6,4 %.“<sup>108</sup> **Wichtig ist eine lange Haltedauer von Aktien, nicht der richtige Einstiegszeitpunkt!** Daher auch der dringende Rat: „Für Anleger bedeutet das, dass sie sich ganz bewusst ein Stück von der Hektik des Tagesgeschäftes fernhalten sollten. Nicht jeden Tag ins Depot schauen, nicht jeden Tag die Kurse vergleichen, nicht jeden Tag die Börsenzeitschrift mit den neuesten heißen Aktientipps lesen – einfach eine gesunde Distanz zum alltäglichen Irrsinn herstellen.“<sup>109</sup>

Sie haben bei Ihrer Vermögensanlage die Wahl: Geringe Kursschwankungen und **garantierter Kaufkraftverlust mit Festgeld oder Anleihen** oder starke Kursschwankungen und **langfristiger Kaufkraftzuwachs mit Aktien**. Lassen Sie sich von den Tagesschwankungen der Aktienmärkte nicht beeindrucken und unterscheiden Sie zwischen Preis und Wert. Der *Preis* eines Unternehmens (= Aktienkurs) schwankt von Tag zu Tag, der *Wert* eines Unternehmens jedoch nicht. Da der Preis langfristig immer wieder zum echten Wert zurückkehrt, können Sie kurzfristige Schwankungen ignorieren. Entscheidend ist für Sie die langfristige Wertentwicklung.

Trauen Sie sich also, in Aktien zu investieren, es müssen ja nicht ausschließlich Werte aus dem deutschen DAX sein:

<sup>103</sup> *FINANZWOCHE* vom 25. Oktober 2012, Seite 2.

<sup>104</sup> *Handelsblatt* vom 9. - 11. November 2012, Seite 56 - 57, hier Seite 56.

<sup>105</sup> *StarInvest*: „Ausblick 2013 – Jahr des Wandels!“, Ausgabe November 2012, Seite 5.

<sup>106</sup> *WirtschaftsWoche* vom 14. Januar 2013, Seite 86.

<sup>107</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 16. Januar 2013, Seite 17. Mit „Great Rotation“ ist die Umschichtung von den Anleihemärkten in die Aktienmärkte gemeint.

<sup>108</sup> *Klaus Hellwig im Nebenwerte-Journal* 11/2012, Seite 3.

<sup>109</sup> *Hanno Beck*: *Geld denkt nicht – Wie wir in Gelddingen einen klaren Kopf behalten*, Carl Hanser Verlag, München 2012, Seite 36.





Quelle: *Handelsblatt* vom 4. - 6. Januar 2013, Seite 23

Schon *Benjamin Graham*, der Lehrer von *Warren Buffett*, pflegte zu sagen: **„Der Anleger ist wahrscheinlich sein eigener schlimmster Feind.“** Wenn Sie langfristig mit Ihrer Vermögensanlage Erfolg haben wollen, sind für Sie zwei Dinge wichtig: Erstens, diese weise Erkenntnis von Benjamin Graham immer im Hinterkopf zu haben und zweitens, sich von unabhängigen Finanzprofis helfen zu lassen, gegen diese Erkenntnis nicht doch zu verstossen. Wir von der *Schmitz & Cie. GmbH* unterstützen Sie dabei – suchen Sie das Gespräch mit uns!

## 6. Versuch eines Ausblicks auf das Jahr 2013

Auch im Jahr 2013 steht die übermäßige Geldversorgung durch die Notenbanken im Mittelpunkt. „Aus dem monetären Blickwinkel nehmen die Stimulierungen immer mehr zu. Weltweit wurden in den vergangenen 15 Monaten über 300 Zinssenkungen bzw. volkswirtschaftliche Stimulierungsmaßnahmen getätigt. ... Lediglich 2003, nachdem die New Economy-Lawine im Tal angekommen war, gab es hier vergleichbar positive Impulse (im Anschluß setzte eine der längsten Hausseperioden in der Börsenhistorie ein).“<sup>110</sup> Oder noch deutlicher: „Dies ist die extremste monetäre Ankurbelung aller Zeiten.“<sup>111</sup>

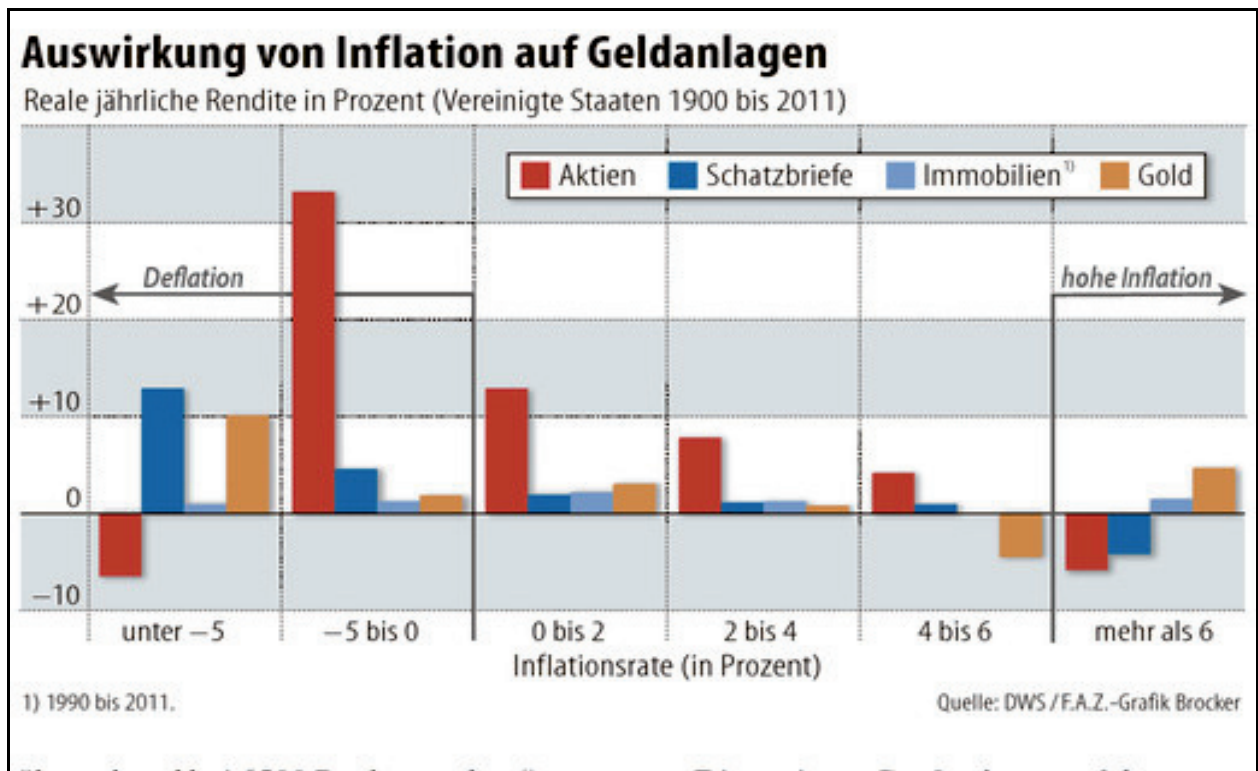
<sup>110</sup> *FINANZWOCHE* vom 6. Dezember 2012, Seite 2.

<sup>111</sup> *FINANZWOCHE* vom 10. Januar 2013, Seite 2.





Das ist weiterhin sehr vorteilhaft für die Aktienbörsen, birgt aber mittelfristig das Risiko kräftig steigender Inflationsraten. Wann dieses aufgestaute, und im Moment nur durch die sinkende Umlaufgeschwindigkeit des Geldes noch nicht sichtbare Inflationpotential in der Realwirtschaft auftauchen wird, wissen wir nicht. Für die Fragestellung, welche Geldanlage die Kunden im Vorgriff auf steigende Inflationsraten wählen sollen, spielen die Höhe und der Zeitpunkt der Inflation auch nur eine untergeordnete Rolle, wie die nachstehende Grafik zeigt:



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12. Dezember 2012, Seite 17

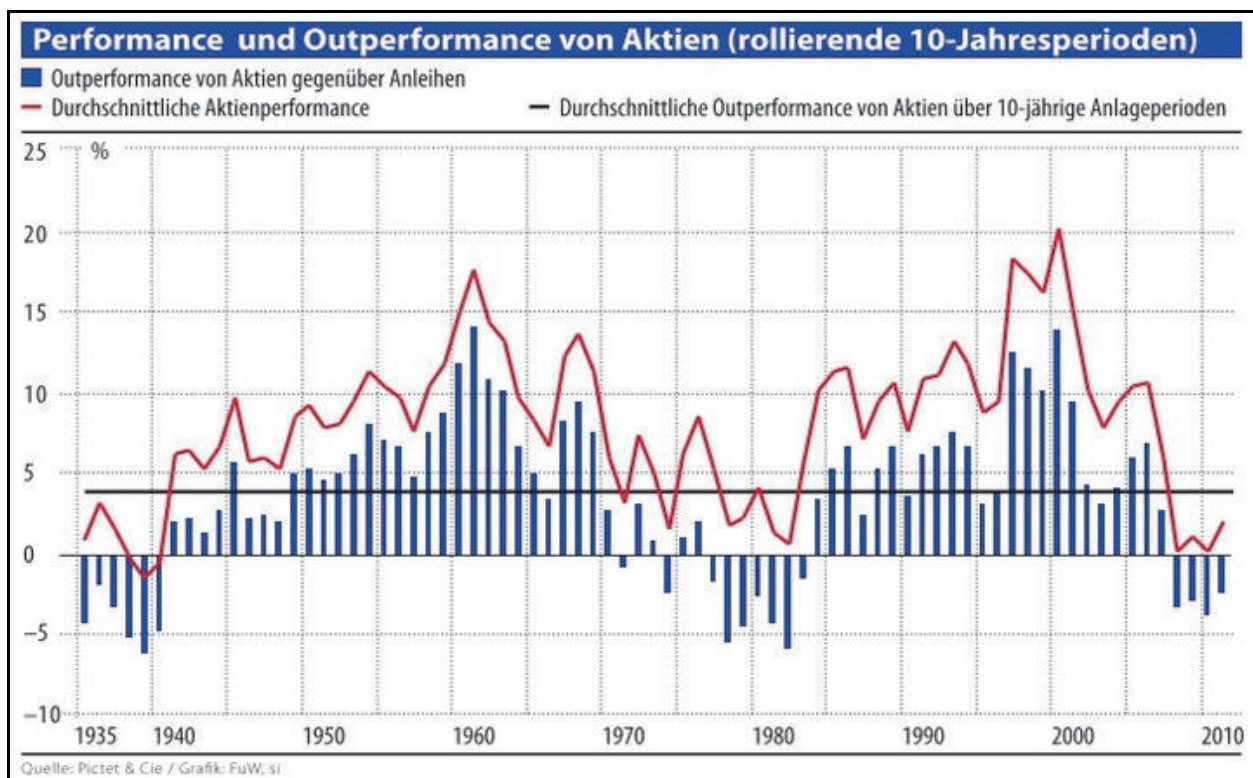
In vier von sechs unterschiedlichen Inflationsszenarien, die über einen Zeitraum von über einhundert Jahren in den USA analysiert worden sind, ergeben sich **die höchsten Realrenditen für Aktien** (die roten Balken im obigen Diagramm). Nur in den zwei selten vorkommenden Situationen, in denen eine Deflation von mehr als fünf Prozent pro Jahr herrscht (linke Spalte der Grafik), oder eine hohe Inflationsphase mit Kaufkraftverlusten von über sechs Prozent pro Jahr herrscht (rechte Spalte), sind Aktien nicht die beste Anlageform.

Beachten Sie in der Grafik bitte auch die Wertentwicklung der in Deutschland zu Unrecht so beliebten Immobilien als Anlageform: In fünf von sechs Fällen gehört sie zu den beiden schlechtesten Anlagen und in allen sechs Fallunterscheidungen **liegt die mit Immobilien zu erzielende Realrendite nur knapp über Null**. Es ist also ein erheblicher Unterschied zwischen der oft emotional und vom Bauch gelenkten gefühlten Wahrnehmung (tolle Anlageform) und der rationalen und vom Kopf gesteuerten Betrachtung der wirklichen Rendite (Realverzinsung nahe Null)! Wer meint, diese sehr bescheidenen Ergebnisse für Immobilieninvestments aus der obigen Grafik gelten nur für



die USA, nicht aber beispielsweise für Deutschland oder die Schweiz, der sei auf eine Untersuchung der inflationsbereinigten Wertsteigerungen von zehn westlichen Ländern auf Jahresbasis über die letzten 40 Jahre in lokaler Währung hingewiesen, die eine reale Rendite für Deutschland im geometrischen Durchschnitt von lediglich 0,0 Prozent und für die Schweiz von 0,4 Prozent ermittelt hat.<sup>112</sup>

Lassen Sie sich von den schlechten Ergebnissen einer durchschnittlichen Aktienanlage in den letzten zehn oder zwölf Jahren von einem Engagement in ausgesuchte Aktien oder Aktienfonds nicht abhalten. Schon immer hat es in der Vergangenheit mehrjährige „Dürrephasen“ an den Aktienmärkten gegeben, in denen eine Aktienanlage schlechter abgeschnitten hätte als eine Investition in Anleihen (siehe die nach unten auswandernden blauen Balken in der untenstehenden Grafik in der Zeit zwischen 1935 und 1941, zwischen 1977 und 1983 sowie ab 2008). Und immer wieder kam es in den darauffolgenden Jahren zu kräftigen Kursgewinnen an den Aktienmärkten, die viele Jahre andauerten:



Quelle: *Finanz und Wirtschaft* vom 28. Januar 2012, Seite 26

Gerade deshalb ist es richtig und wichtig, **jetzt Aktien oder Aktienfonds zu kaufen** und dann auch möglichst langfristig zu halten. Doch nicht jeder Anleger wird in den nächsten Jahren mit Aktien Geld verdienen, genauso wenig, wie in den letzten zehn Jahren die wenigsten Sparer mit Aktien an der Börse Geld verdient haben. Denn die

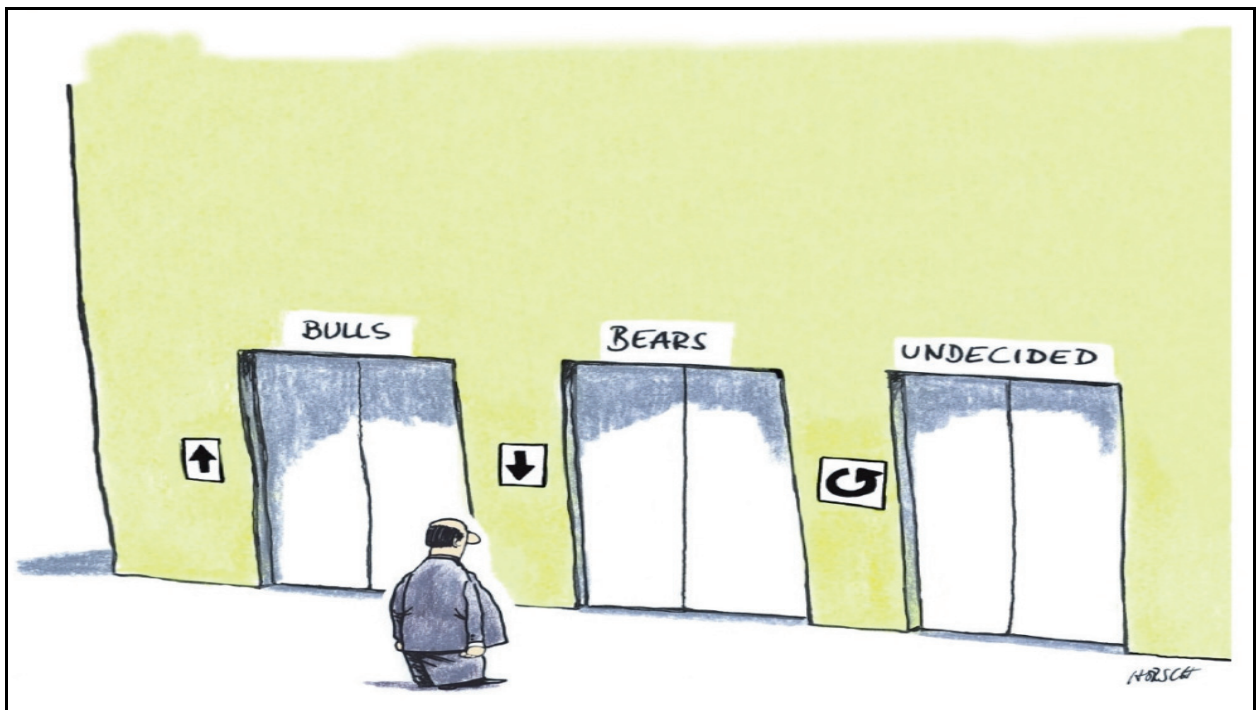
<sup>112</sup> Vgl. *Gerd Kommer: Kaufen oder mieten? – Wie Sie für sich die richtige Entscheidung treffen*, Campus Verlag, Frankfurt 2010, Seite 217 - 218.



meisten Anleger haben aus ihren Fehlern nicht gelernt und werden zum Opfer ihrer eigenen Psyche. Entscheidend ist: „Die Börse ist nichts für Weicheier.“<sup>113</sup>

Denken Sie bei Ihren Kaufüberlegungen auch an **Währungen außerhalb des Euro** und dabei insbesondere an den Schweizer Franken (siehe hierzu die ausführlichen Darstellungen in Kapitel 1.3). Gerne zitieren wir in diesem Zusammenhang *Thilo Sarrazin*, der in seinem aktuellen Buch „Europa braucht den Euro nicht“ im letzten Kapitel schreibt: „Der erfolgreichste Bundesstaat der Welt ist übrigens die kleine Schweiz: 7,8 Millionen Einwohner leben in 26 Kantonen, die selbständiger sind als deutsche Bundesländer. Sie haben seit 200 Jahren Frieden, eine nationale Währung und den höchsten Lebensstandard der Welt.“<sup>114</sup> Das wird auch in naher Zukunft so bleiben, denn insbesondere was die Staatsverschuldung angeht, zeigt sich: „Nicht alle Staaten verhalten sich gleich schlimm. Die Schweiz (und Schweden) handeln verantwortungsvoller als etwa Deutschland, Frankreich oder Amerika.“<sup>115</sup>

Sämtliche hier aufgeführten Überlegungen (Geldschwemme, Enteignung durch Inflation und/oder Zwangsabgaben) werden aus der Sicht von *Schmitz & Cie.* dazu führen, dass **die Aktienmärkte auf absehbare Zeit weiter steigen werden**, auch wenn es zwischenzeitlich erhebliche Kursrückschläge einzukalkulieren gilt. Für unsere Kunden werden wir bei der Strukturierung der Wertpapierdepots somit bis auf weiteres in den linken Fahrstuhl einsteigen:



Quelle: *Finanz und Wirtschaft* vom 16. Mai 2012, Seite 18

<sup>113</sup> *Frank Ringelstein*: „Aktien sind nichts für Weicheier“ in *Handelsblatt* vom 2. Januar 2012, Seite 14.

<sup>114</sup> *Thilo Sarrazin*: *Europa braucht den Euro nicht – Wie uns politisches Wunschdenken in die Krise geführt hat*, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2012, Seite 406.

<sup>115</sup> *Rainer Hank*: *Die Pleite-Republik – Wie der Schuldenstaat uns entmündigt und wie wir uns befreien können*, Karl Blessing Verlag, München 2012, Seite 280.



Profitieren Sie deshalb von der inzwischen 35jährigen aktiven Börsenerfahrung innerhalb der *Schmitz & Cie. GmbH*, denn „**ohne Erfahrung an der Börse**“, pflegte *André Kostolany* als langjähriger Mentor des Verfassers dieser Jahresberichte immer zu sagen, „**ist es schwer, gute Nerven zu haben.**“

Nutzen Sie unsere bankenunabhängige und individuelle Beratung und legen Sie jetzt mit einem Gespräch mit uns den Grundstein für Ihre Börsengewinne in der Zukunft! Denn wer die Augen heute nicht zum Sehen benutzt, wird sie in den nächsten Jahren wohl zum Weinen gebrauchen müssen.

**Hören Sie auf, Geld zu verlieren!** Lassen Sie im Jahr 2013 andere für Ihr Geld arbeiten – je nach Ihrem persönlichen Risikoprofil entweder offensiv oder defensiv: investieren Sie zum Beispiel Ihr Geld in die erfolgreichen Investmentfonds *Schmitz & Partner Global Offensiv* oder *Schmitz & Partner Global Defensiv*.

Zum Abschluss empfehlen wir noch die Lektüre der beiden beigefügten **Artikel** aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 27. April 2012, Seite 21 und aus dem *Handelsblatt* vom 12. Juni 2012, Seite 35. Wer Bild und Ton bevorzugt, dem seien die beiden folgenden **Filmbeiträge** des Verfassers dieser Berichte empfohlen:

- Fernsehinterview mit dem *Deutschen Anleger Fernsehen* in der Frankfurter Wertpapierbörse am 24. April 2012:  
<http://www.daf.fm/video/vermoegensverwalter-dr-schmitz-boersentipp-a-la-kostolany-50153475.html>
- Vortrag in München mit dem Thema „Risikofaktor Euro – Weltwährung oder Ent-eignung des deutschen Sparer?“ am 20. April 2012:  
<https://vimeo.com/user8252874/review/41690676/807a8c50e4>





# Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Sonderdruck aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 27. April 2012, Seite 21

## Das Parkettgespräch

### Was Kostolany machen würde

Auf den Spuren des verstorbenen Altmeisters der Börse

Der verstorbene Altmeister der Börse André Kostolany würde jetzt inmitten all der Marktturbulenzen ganz ruhig bleiben. Davon ist der Vermögensverwalter Holger Schmitz überzeugt. Und dieser muss es ahnen, auch wenn Kostolany 1999 im hohen Alter von 93 Jahren verstorben ist. Schließlich hat Schmitz jahrelang für Kostolany gearbeitet und bei ihm die hohe Kunst der Aktienanlage gelernt. Als am 19. Oktober 1987 ein Crash an den amerikanischen Aktienmärkten die Welt erschütterte und die Wall Street mit einem Tagesverlust von 22 Prozent schloss, sei Kostolany auch ganz gelassen geblieben. „Überhaupt nichts habe ich verloren“, sagte dieser damals in einem Interview. „Ich habe ja nichts verkauft.“ Verluste erlitten nur diejenigen, die ihre Positionen verkauften, die anderen nicht.

Auch jetzt ist Schmitz auf der Seite der Käufer und nicht auf der Seite derjenigen, die aus Aktien aussteigen wollten. Die Unruhe nach dem ersten Wahlgang der französischen Präsidentenwahlen, die Unsicherheit im Zuge der politischen Wirren in den Niederlanden und generell die Sorge um den Euro und die hohe Staatsverschuldung können ihn nicht davon abbringen. „In unseren Fonds haben wir aktuell eine Liquiditätsquote von fast 30 Prozent“, sagt Schmitz. „Das allein zeigt schon, dass ich jetzt nach Gelegenheiten suche, Aktien zu kaufen.“

Auch wenn für Schmitz die Auswahl der Einzeltitel zentral ist, prägen zwei übergeordnete Gedanken seine Herangehensweise: „Ich bin gegenüber dem Euro sehr skeptisch, deshalb sind wir in Aktien in Schweizer Franken besonders stark engagiert“, sagt Schmitz. Dabei kommt ihm auch die Nähe zum Schweizer Aktienmarkt zugute. Denn nach seinen Lehrjahren bei Kostolany in München machte er sich mit seiner Vermögensverwaltung in Brione sopra Minusio, einem Ort oberhalb des Lago Maggiore im schweizerischen Tessin, selbständig. Kostolany übrigens, ein weiß Gott überzeugter Europäer, habe die Idee der Europäischen Währungsunion gut gefunden, aber regelmäßig über die dilettantische politische Umsetzung geschimpft, berichtet Schmitz.

„Zweitens bevorzugen wir Aktien, die nachhaltig Dividende zahlen“, sagt Schmitz. Unternehmen wie die Deutsche Telekom, die den größten Teil ihres Gewinnes oder zum Teil noch mehr an die Aktionäre ausschütten, meidet er deshalb strikt. Er sucht lieber Unternehmen mit einer Ausschüttungsquote von deutlich weniger als 50 Prozent des Jahresgewinns. Läuft er damit nicht Gefahr, zu sehr in Unternehmen engagiert zu sein, die nicht ausreichend investieren? Als Gegenbeispiel nennt er Nestlé, ein Dividententitel par excellence, der seit Jahren zuverlässig eine hohe Dividendenrendite aufweise und jetzt trotzdem vom amerikanischen Pharmakonzern Pfizer das Babygeschäft übernehme. Die Transaktion habe ein Volumen von knapp 12 Milliarden Dollar.

Generell bevorzugt Schmitz eher kleinere und mittlere Aktien. Doch als Grundpfeiler habe er in seinen Aktiendepots Unternehmen wie den Nahrungsmittelkonzern Nestlé aus Vevey am Genfer See oder die beiden großen Pharmakonzerne aus Basel, Novartis und Roche. „Diese Aktien halte ich jedoch auch ein bisschen aus psychologischen Gründen“, gibt Schmitz zu. Das seien solide Werte, von denen sich der Vermögensverwalter jedoch keine allzu große Rendite erhofft. „Das schafft Vertrauen, wenn die Anleger wenigstens ein paar Titel in ihrem Depot kennen.“ Die Renditetreiber in Schmitz' Portfolio sind auch in der Tat nicht allzu bekannt. Da wäre die Bell AG in Basel, immerhin der größte Fleischverarbeiter der Schweiz mit einem Umsatz von 2,5 Milliarden Franken (rund 2,1 Milliarden Euro) im vergangenen Jahr, wie Schmitz hervorhebt. Die Marktkapitalisierung liegt bei 632 Millionen Franken, womit das Unternehmen an der Börse eher ein kleinerer Wert ist. Auch der Spezialmaschinenbaukonzern Bucher Industries oder die Metall Zug, die für Haushaltswaren in der Schweiz bekannt ist, gefallen Schmitz sehr gut.

Bei der Auswahl der Einzeltitel folgt Schmitz klaren Kriterien: „Die Aktie muss unabhängig von irgendwelchen



Holger Schmitz gehört die Vermögensverwaltung Schmitz & Partner.

Modeerscheinungen an der Börse sein.“ Deshalb habe er auch nie in Unternehmen aus dem Bereich erneuerbare Energien investiert. Die Idee hält er für gut, doch der Einfluss des Staates auf den Erfolg der Unternehmen sei viel zu groß, wie sich jetzt in der deutschen Solarbranche zeige. Um als Investor an den Aktienmärkten erfolgreich zu sein, hält sich Schmitz immer noch an Kostolany's Börsenweisheiten. Dieser habe gern erzählt, wie der Fahrlehrer mit ihm geschimpft habe, als er das Autofahren lernen wollte. „Sie dürfen nicht nur auf die Motorhaube sehen“, habe dieser gefordert. „Sie müssen 300 Meter weiter schauen.“ Und so sei es auch an der Börse, folgerte Kostolany. Man müsse über das Naheliegende hinausblicken.

CHRISTIAN VON HILLER

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv. [www.faz-archiv.de/sonderdrucke](http://www.faz-archiv.de/sonderdrucke).



HOLGER SCHMITZ

## „Fair mit den Emerging Markets umgehen“

**Herr Schmitz, an Aktien komme kein Anleger vorbei, heißt es oft. Die Kursentwicklung des Dax seit dem Jahr 2000 spricht jedoch eine andere Sprache. Kommt man an Aktien tatsächlich nicht vorbei?**

Das ist so. Natürlich hat der Anleger Verluste gemacht, wenn er den Dax im Jahr 2000 bei über achttausend Punkten mit dem heutigen Stand vergleicht. Der MDax beispielsweise aber hat sich besser gehalten. Grundsätzlich muss der Anleger heute in Schuldner investieren, die besser sind als Staaten und deren Anleihen. Außerdem spricht für Aktien, dass deren Quote am Gesamtvermögen mittlerweile so niedrig ist wie noch nie in der Geschichte. Mittlerweile sind nur noch vier Prozent davon in Aktien angelegt; nach dem Zweiten Weltkrieg in den 50er-Jahren waren es 20 Prozent.

**Sie mischen in den Depots Nebenwerte bei, obwohl die Schwankungen dort stärker sind als bei den Schwergewichten. Warum dieses Risiko?**

Man darf nicht zu tief bis zu den Kleinstwerten gehen. Aber bei vernünftigen Börsen mit ausreichend Liquidität bieten sich dort häufig bessere Chancen als bei den Schwergewichten. Bei den Nebenwerten finden sich oft Weltmarktführer, die keiner kennt. In Deutschland sind dies Krones oder Indus, in der Schweiz der Fleischhändler Bell, der Maschinenbauer Bucher oder der Haushaltswaren-Spezialist Metall Zug. Für viele Anleger sind Nebenwerte eine Black Box. Ich gehe deswegen so vor, dass ich in den Port-

folios um die üblichen Säulen wie Nestlé, Novartis oder Roche Nebenwerte baue. Die haben in den vergangenen zehn Jahren die Rendite nach oben getrieben.

**Viele Experten haben in den vergangenen Jahren Aktien aus aufstrebenden Ländern empfohlen. Dort entweicht momentan die Luft. Was nun?**

Man sollte die Emerging Markets nicht in den Himmel loben, aber auch fair mit ihnen umgehen. Das im Vergleich zur heimischen Volkswirtschaft enorme Wachstum wird weitergehen. Deswegen sollten Aktien aus diesen Märkten auch künftig beigemischt werden. Nur sollte ihr Anteil nicht bei 80 Prozent liegen, sondern bei einem Viertel bis bestenfalls einem Drittel.

**Welche Rolle spielt die Dividende in der Phase der Unsicherheit?**

Sie war immer wichtig und wird es immer mehr. Wenn man die Gesamtentwicklung einer Aktie über die Jahre in Kursgewinne- und Dividende aufteilt, dann lag je nach Land und Betrachtungszeitraum der Anteil der Dividende immer bei einem Drittel bis gar der Hälfte. Zwei wichtige Gründe kommen jetzt hinzu: Zum einen ist die Dividendenrendite so hoch wie seit langem nicht mehr, zum anderen gab es schon ewig nicht mehr die Situation, dass die Dividendenrendite höher ist als die der zehnjährigen Bundesanleihe.

**Die Fragen stellte Christian Schnell.**



Holger Schmitz, Vorstand der Schmitz & Partner AG.

Hier ist Platz für Ihre Fragen und Notizen:

Hier ist Platz für Ihre Fragen und Notizen:







**SCHMITZ & CIE.**  
Individuelle Fondsberatung

**Schmitz & Cie. GmbH**  
**Individuelle Fondsberatung**

Am Sommerfeld 22  
D-81375 München

Telefon: +49 (0)89 17 92 40 20  
Telefax: +49 (0)89 17 92 40 24

[info@schmitzundcie.de](mailto:info@schmitzundcie.de)  
[www.schmitzundcie.de](http://www.schmitzundcie.de)



**SCHMITZ & PARTNER AG**  
Privates Depotmanagement

**SCHMITZ & PARTNER AG**  
**Privates Depotmanagement**

Via Albaredo 53  
CH-6645 Brione s. Minusio

Telefon: +41 (0)91 7 44 66 65  
Telefax: +41 (0)91 7 43 44 00

[info@schmitzundpartner.ch](mailto:info@schmitzundpartner.ch)  
[www.schmitzundpartner.ch](http://www.schmitzundpartner.ch)